

Kindhäuser | Schramm

Strafrecht Besonderer Teil I

Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte,
Staat und Gesellschaft

11. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Prof. Dr. Edward Schramm
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Strafrecht

Besonderer Teil I

Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte,
Staat und Gesellschaft

11. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7524-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-3374-8 (ePDF)

11. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Dieses Lehrbuch zu den Delikten gegen Persönlichkeitsrechte, Staat und Gesellschaft ist so konzipiert, dass sich mit seiner Hilfe die sichere Anwendung der einzelnen Vorschriften erarbeiten lässt. Auf eine kurze Einführung zu Zweck, Struktur und ggf. auch Geschichte der Norm folgen Definitionen und Erläuterungen der Tatbestandsmerkmale in der Prüfungsreihenfolge des strafrechtlichen Gutachtens. Abschließend wird, soweit dies erforderlich ist, auf typische ausbildungsrelevante Problemstellungen und Zusammenhänge mit den Lehren des Allgemeinen Teils verwiesen.

Die behandelten Vorschriften sind nicht auf den engeren Pflichtstoff begrenzt. Zum einen tragen Grundkenntnisse auch anderer wichtiger Normen zum besseren Verständnis des StGB bei. Zum anderen können solche Vorschriften – wie z. B. die Organisationsdelikte – für den universitären Schwerpunktbereich von Bedeutung sein. Seit der 9. Auflage das von *Urs Kindhäuser* begründete Lehrbuch fortführen zu dürfen, ist mir Freude und Ehre zugleich.

Für die 11. Auflage wurde der Inhalt aktualisiert und überarbeitet. Die Ausführungen beruhen auf dem Stand des StGB idF des letzten Änderungsgesetzes v. 4.12.2022 (BGBl. I S. 2146). Berücksichtigt wurden namentlich die Erweiterung der Volksverhetzung, § 130, um einen neuen Tatbestand in Abs. 5 (§ 40 Rn 21), das gefährdende Verbreiten personenbezogener Daten, § 126a (§ 40 Rn 21) sowie die neuen Straftatbestände des unbefugten Ausstellens von Gesundheitszeugnissen, § 277 (§ 59 Rn 1 ff.) und des Ausstellens von unrichtigen Gesundheitszeugnissen, § 278 (§ 59 Rn 6). Eine Einführung in die durch den Klimaaktivismus aufgeworfenen strafrechtlichen Fragen erfolgt bei der Nötigung (§ 13 Rn 49, 51), dem Hausfriedensbruch (§ 33 Rn 37), dem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 36 Rn 24), der Behinderung von Hilfsdiensten (§ 36 Rn 67 ff.) und der Bildung krimineller Vereinigungen (§ 41 Rn 6). Weitere Ergänzungen erfolgten u. a. bei den §§ 113 – 115 Abs. 3, 123, 129, 130, 177, 192a, 211 ff., 239, 315d und §§ 331 ff.

In dem Lehrbuch wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf eine geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Die verwendete Schreibweise des generischen Maskulins ist dabei als allgemeine Bezeichnung zu verstehen und bezieht gleichermaßen alle Geschlechtsformen mit ein.

Für ihre tatkräftige Unterstützung danke ich herzlich meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern *Patrick Kranz*, *Ronja Sanow* und *Meltem Tan* sowie meinen studentischen Assistentinnen und Assistenten *Bea Bretschneider*, *Hannah Domgörgen*, *Mark Gries* und *Johann Höpfner*. Ebenso danke ich meiner Sekretärin Frau *Petra Richter* für ihre Mitwirkung. Mein Dank gilt schließlich Herrn Dr. *Peter Schmidt* und Frau *Katrin Brandel* vom Nomos Verlag für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jena, im Juli 2023

Edward Schramm

Vorwort zur 9. Aufl.

Dieses Lehrbuch zu den Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte, Staat und Gesellschaft erschien 2003 in der ersten Auflage und sodann ab der zweiten Auflage im Rahmen der „Blauen Reihe“ des Nomos Verlags; Vorläufer war das Repetitorium zum Besonderen Teil I in der Reihe „STUD.iur Grundlagenwissen“ aus dem Jahr 1999. Wie in allen meinen Lehrbüchern zum Strafrecht sollte auch hier der Vorlesungsstoff ergänzend und vertiefend auf dem jeweils aktuellen Diskussionsstand dargestellt werden, ohne dabei einen angemessenen Umfang zu überschreiten. Nach acht Neubearbeitungen hat nunmehr zu meiner großen Freude mein Jenaer Kollege Edward Schramm die Fortführung des Lehrbuchs übernommen. Hierfür möchte ich ihm herzlich danken; zugleich möchte ich mich auch noch einmal bei meinen früheren Mitarbeitern mit Nachdruck bedanken, die mir bei den Aktualisierungen stets hilfreich zur Seite standen.

Bonn, im Sommer 2019

Urs Kindhäuser

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	31
1. Teil Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte	
1. Abschnitt: Delikte gegen das Leben	39
2. Abschnitt: Delikte gegen die körperliche Unversehrtheit	98
3. Abschnitt: Straftaten gegen die persönliche Freiheit	145
4. Abschnitt: Delikte gegen Personenstand, Ehe und Familie	204
5. Abschnitt: Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung	206
6. Abschnitt: Delikte gegen die Ehre	217
7. Abschnitt: Verletzung der Privatsphäre	242
2. Teil Straftaten gegen Staat und Gesellschaft	
1. Abschnitt: Staatsschutzdelikte	282
2. Abschnitt: Straftaten gegen die Staatsgewalt und die öffentliche Ordnung	285
3. Abschnitt: Delikte gegen Religion und Weltanschauung	343
4. Abschnitt: Aussagedelikte	344
5. Abschnitt: Strafvereitelung, Irreführung und Nichtanzeige	367
6. Abschnitt: Urkundendelikte	396
7. Abschnitt: Brandstiftung	436
8. Abschnitt: Verkehrsdelikte	450
9. Abschnitt: Vollrausch und unterlassene Hilfeleistung	482
10. Abschnitt: Amtsdelikte	496
Definitionen	519
Stichwortverzeichnis	537

Inhalt

Vorwort	5
---------	---

Abkürzungsverzeichnis	31
-----------------------	----

1. Teil Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte

1. Abschnitt: Delikte gegen das Leben	39
--	----

§ 1 Totschlag (§§ 212 f) und fahrlässige Tötung (§ 222)	39
--	----

A. Allgemeines	39
I. Gesetzessystematik	39
II. Zeitlicher Schutzbereich	40
1. Zeitraum	40
2. Pränatale Eingriffe	41
B. Definitionen und Erläuterungen	42
I. Grundtatbestand des vorsätzlichen Totschlags (§ 212 Abs. 1)	42
1. Überblick	42
2. Objektiver Tatbestand	42
3. Subjektiver Tatbestand	42
II. Besonders schwerer Fall (§ 212 Abs. 2)	43
III. Minder schwerer Fall (§ 213)	43
1. Überblick	43
2. Zornaffekt (1. Var.)	43
3. Unbenannter Strafmilderungsgrund (Var. 2)	44
IV. Fahrlässige Tötung (§ 222)	44

§ 2 Mord (§ 211)	46
-------------------------	----

A. Allgemeines	46
I. Grund	46
II. Drei Fallgruppen	47
III. Sanktion	47
IV. Unterlassen	49
B. Definitionen und Erläuterungen	49
I. Mordmerkmale der 1. Gruppe	49
1. Mordlust	49
2. Befriedigung des Geschlechtstriebs	49
3. Habgier	50
4. Sonstige niedrige Beweggründe	51
5. Deliktssystematische Einordnung	53
II. Mordmerkmale der 2. Gruppe	53
1. Heimtückisch	53
2. Grausam	57
3. Mit gemeingefährlichen Mitteln	58
4. Subjektive Tatseite	60

III. Mordmerkmale der 3. Gruppe	60
1. Überblick	60
2. Merkmale	60
C. Anwendung	63
I. Gutachtenaufbau	63
II. Beteiligung	63
1. Besondere persönliche Merkmale	63
2. Fallbeispiele	64
3. Ausblick	67
III. Konkurrenzen und Wahlfeststellung	67
§ 3 Sterbehilfe und Tötung auf Verlangen (§ 216)	69
A. Sterbehilfe/Behandlungsabbruch	69
I. Aktive Lebensverkürzung	69
II. Passive Sterbehilfe	70
III. Technischer Behandlungsabbruch	71
IV. Einvernehmlicher Behandlungsabbruch	71
B. Tötung auf Verlangen (§ 216)	72
I. Allgemeines	72
II. Definitionen und Erläuterungen	73
1. Problemstellung	73
2. Tatbestand	73
3. Beteiligung	74
§ 4 Suizid, Fremdtötung und geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung	76
A. Abgrenzungsfragen	76
B. Teilnahme am Suizid/Fremdtötung in unmittelbarer Begehungstäterschaft	77
I. Problemstellung	77
II. Unmittelbare täterschaftliche Begehung	78
C. Teilnahme am Suizid/Fremdtötung in mittelbarer Begehungstäterschaft	79
I. Kriterien der Eigenverantwortlichkeit	80
II. Veranlassung des Suizids	81
D. Fremdtötung durch Nichtverhinderung eines Suizids	82
I. Problemstellung	82
II. Garantenhaftung	82
III. Unterlassene Hilfeleistung	84
E. Suizid in „mittelbarer Täterschaft“	84
F. Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung (§ 217 aF)	85
§ 5 Aussetzung (§ 221)	87
A. Allgemeines	87
B. Definitionen und Erläuterungen	87
I. Grundtatbestand der Aussetzung (Abs. 1)	87
1. Tathandlungen	87
a) Versetzen in eine hilflose Lage (Nr. 1)	87
b) Im Stich lassen (Nr. 2)	89
2. Gefahrerfolg	90

3. Risikozusammenhang	91
4. Subjektiver Tatbestand	92
II. Qualifikationen	92
1. Qualifikation nach Abs. 2	92
2. Qualifikation nach Abs. 3	92
3. Versuch der Erfolgsqualifikation	92
C. Anwendung	93
I. Aufbau	93
II. Teilnahme	93
III. Konkurrenzen	93
§ 6 Schwangerschaftsabbruch (§§ 218–219b)	95
A. Geschichtlicher Überblick	95
B. Täterkreis	95
C. Gesetzliche Regelungen (Überblick)	96
I. § 218	96
II. § 218a	96
III. Sonstige Regelungen	97
2. Abschnitt: Delikte gegen die körperliche Unversehrtheit	98
§ 7 Körperverletzung (§§ 223, 229)	98
A. Allgemeines	98
B. Definitionen und Erläuterungen	99
I. Vorsätzliche Körperverletzung (§ 223)	99
1. Objektiver Tatbestand	99
2. Subjektiver Tatbestand	102
II. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229)	102
C. Anwendung	102
§ 8 Einwilligung (§ 228) und ärztlicher Heileingriff	104
A. Einwilligung (§ 228)	104
I. Allgemeines	104
II. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Einwilligung	104
1. Voraussetzungen	104
2. Willensmängel	105
3. Widerruf	106
III. Reichweite	106
IV. Sittenwidrigkeit	107
V. Subjektive Tatseite	108
B. Ärztliche Heilbehandlung	108
I. Rechtliche Einordnung	108
1. Einwilligungserfordernis	109
2. Tatbestandsausschluss	109
3. Stellungnahme	109
II. Einwilligung	110

§ 9 Qualifizierte Körperverletzungen (§§ 224 f, 340)	113
A. Gefährliche Körperverletzung (§ 224)	113
I. Allgemeines	113
II. Beibringung von Gift (Abs. 1 Nr. 1)	113
1. Tatmittel	113
2. Tathandlung	114
III. Mittels einer Waffe oder eines anderen gefährlichen Werkzeugs (Abs. 1 Nr. 2)	114
1. Tatmittel	114
2. Tathandlung	116
IV. Hinterlistiger Überfall (Abs. 1 Nr. 3)	116
V. Gemeinschaftlich mit einem Beteiligten (Abs. 1 Nr. 4)	116
VI. Lebensgefährdende Behandlung (Abs. 1 Nr. 5)	118
VII. Subjektiver Tatbestand	119
VIII. Konkurrenzen	119
B. Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225)	119
I. Allgemeines	119
II. Schutzverhältnisse	120
1. Opferkreis	120
2. Schutzverhältnisse	120
III. Tathandlungen	121
IV. Subjektiver Tatbestand	122
V. Qualifikationen	122
VI. Konkurrenzen	123
C. Verstümmelung weiblicher Genitalien (§ 226a)	123
I. Allgemeines	123
II. Definitionen und Erläuterungen	124
III. Konkurrenzen	125
D. Körperverletzung im Amt (§ 340)	125
I. Allgemeines	125
II. Tatbestand	125
1. Objektiver Tatbestand	125
2. Subjektiver Tatbestand	125
III. Rechtfertigung	125
IV. Abs. 3	126
§ 10 Erfolgsqualifizierte Körperverletzungen (§§ 227, 226)	127
A. Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227)	127
I. Allgemeines	127
II. Tatbestand	127
1. Zusammenhang von Körperverletzung und Todeseintritt	128
2. Fahrlässigkeit	131
III. Versuch	132
IV. Beteiligung	132
B. Schwere Körperverletzung (§ 226)	133
I. Allgemeines	133
II. Tatbestand	133
1. Erfolg	133

2. Risikozusammenhang	136
3. Subjektive Tatseite	136
III. Versuch	137
IV. Beteiligung; Konkurrenzen	138
§ 11 Beteiligung an einer Schlägerei (§ 231)	139
A. Allgemeines	139
B. Definitionen und Erläuterungen	139
I. Objektiver Tatbestand	139
1. Schlägerei	139
2. Angriff	140
3. Beteiligung	140
II. Subjektiver Tatbestand	140
III. Rechtswidrigkeit und Schuld	141
1. Rechtfertigung	141
2. Schuld	141
IV. Abs. 2	141
V. Objektive Strafbarkeitsbedingung	141
C. Anwendung	143
I. Aufbau	143
II. Konkurrenzen	143
 3. Abschnitt: Straftaten gegen die persönliche Freiheit	145
§ 12 List, Gewalt und Drohung	145
A. List	145
B. Gewalt	145
I. Begriff	145
1. Zum Gewaltbegriff der Rechtsprechung	146
2. Zum Gewaltbegriff in der Literatur	148
3. Funktionale Begriffsbestimmung	149
II. Formen der Gewalt	150
1. Absolute Gewalt	151
2. Kompulsive Gewalt	151
3. Unterscheidung	151
4. Unterlassen	152
C. Drohung	152
I. Begriff	152
1. Form	152
2. Realisierung	152
3. Abgrenzungen	153
II. Verhältnis zur Gewalt	154
III. Mehrpersonenverhältnisse auf der Opferseite	155
 § 13 Nötigung (§ 240)	157
A. Allgemeines	157
I. Schutzzweck	157
II. Instrumentalisierung des Opfers	158

III. Umfang	158
B. Definitionen und Erläuterungen	158
I. Nötigungshandlung	159
1. Gewaltanwendung	159
2. Drohung mit einem empfindlichen Übel	160
II. Nötigungserfolg	163
III. Kausalität	163
IV. Subjektiver Tatbestand	163
V. Verwerflichkeit (Abs. 2)	164
1. Allgemeines	164
2. Subsidiarität gegenüber Rechtfertigungsgründen	164
3. Kriterien	164
4. Inkonnexität	165
5. Erlaubte Selbsthilfe	165
6. Demonstrationen; Sitzblockaden	166
7. Subjektive Tatseite	167
VI. Regelbeispiele (Abs. 4)	167
C. Anwendung	168
I. Aufbau	168
II. Prüfungsreihenfolge auf der Rechtswidrigkeitsebene	168
III. Konkurrenzen	168
§ 14 Bedrohung (§ 241)	170
A. Allgemeines	170
B. Definitionen und Erläuterungen	170
I. Bedrohungstatbestand (§ 241 Abs. 1, 2)	170
1. Objektiver Tatbestand	170
2. Subjektiver Tatbestand	171
II. Vortäuschungstatbestand (§ 241 Abs. 3)	171
1. Tathandlung	171
2. Subjektiver Tatbestand	171
C. Anwendung	172
I. Aufbau	172
II. Konkurrenzen	172
§ 15 Freiheitsberaubung (§ 239)	174
A. Allgemeines	174
B. Definitionen und Erläuterungen	175
I. Tatbestand	175
1. Tatobjekt	175
2. Erfolg	175
3. Tathandlung	175
4. Subjektiver Tatbestand	177
II. Qualifikationen	177
1. Abs. 3 Nr. 1	177
2. Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 4	177
C. Anwendung	178
I. Aufbau	178

II. Einverständnis	178
III. Rechtfertigung	179
IV. Konkurrenzen	179
§ 16 Erpresserischer Menschenraub (§ 239a)	180
A. Allgemeines	180
B. Definitionen und Erläuterungen	180
I. Entführungs- und Bemächtigungstatbestand (Abs. 1 Alt. 1)	180
1. Objektiver Tatbestand	180
2. Subjektiver Tatbestand	182
II. Ausnutzungstatbestand (Abs. 1 Alt. 2)	183
III. Erfolgsqualifikation (Abs. 3)	183
IV. Tätige Reue (Abs. 4)	183
C. Anwendung	184
I. Aufbau	184
II. Einzelfragen	185
1. Scheingeiselnahme	185
2. Ersatzgeiselnahme	185
3. Zwei-Personen-Verhältnisse	186
III. Konkurrenzen	188
§ 17 Geiselnahme (§ 239b)	189
A. Überblick	189
B. Anwendung	189
I. Aufbau	189
1. Entführungs- und Bemächtigungstatbestand (Abs. 1 Alt. 1)	189
2. Ausnutzungstatbestand (Abs. 1 Alt. 2)	190
II. Konkurrenzen	190
§ 18 Weitere Freiheitsdelikte	191
A. Menschenraub (§ 234)	191
B. Entziehung Minderjähriger (§ 235)	191
C. Kinderhandel (§ 236)	192
D. Menschenhandel (§ 232)	192
E. Zwangsprostitution und Zwangsarbeit (§§ 232a, 232b)	193
F. Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233)	194
G. Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung (§ 233a)	194
H. Zwangsheirat (§ 237)	194
I. Allgemeines	194
II. Schutzzweck	195
III. Definitionen und Erläuterungen	195
1. Objektiver Tatbestand	195
2. Subjektiver Tatbestand und Verwerflichkeitsklausel	196
3. Abs. 4	196
4. Konkurrenzen	196
I. Nachstellung (§ 238)	196
I. Allgemeines	196

II.	Definitionen und Erläuterungen	197
1.	Objektiver Tatbestand	197
2.	Subjektiver Tatbestand	201
3.	Regelbeispiele (Abs. 2)	201
4.	Erfolgsqualifikation (Abs. 3)	202
III.	Anwendung	202
1.	Aufbau	202
2.	Konkurrenzen	203
4. Abschnitt:	Delikte gegen Personenstand, Ehe und Familie	204
§ 19	Verletzung von Unterhalts- und Fürsorgepflichten	204
A.	Verletzung der Unterhaltspflicht (§ 170)	204
B.	Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht (§ 171)	205
5. Abschnitt:	Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung	206
§ 20	Überblick und Systematik (§§ 174 ff)	206
§ 21	Einzelne Sexualstraftatbestände	208
A.	Sexueller Übergriff; Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung (§ 177)	208
I.	Allgemeines	208
II.	Tatbestand	208
1.	Grundtatbestand nach Abs. 1	208
2.	Missbrauchs- und Nötigungsfälle nach Abs. 2	209
3.	Der nötigende sexuelle Übergriff (Abs. 5)	210
4.	Die Vergewaltigung; gemeinschaftliche Tatbegehung (Abs. 6)	212
5.	Qualifikationstatbestände nach Abs. 7, 8	212
B.	Sexueller Übergriff, Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge (§ 178)	213
C.	Sexuelle Belästigung (§ 184i)	213
D.	Straftaten aus Gruppen (§ 184j)	214
E.	Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen (§ 184k)	215
I.	Allgemeines	215
II.	Tatbestand	215
1.	Abs. 1 Nr. 1	216
2.	Abs. 1 Nr. 2, 3	216
III.	Sozialadäquanzklausel (Abs. 3), Konkurrenzen	216
6. Abschnitt:	Delikte gegen die Ehre	217
§ 22	Allgemeines	217
A.	Schutzbereich	217
I.	Begriff der Ehre	217
II.	Opferkreis	218
1.	Einzelpersonen und Personengesamtheiten	219
2.	Einzelpersonen unter Kollektivbezeichnung	219
B.	Beleidigung als Kundgabedelikt	220

I. Erfordernis einer Äußerung	220
II. Irrelevante Kommunikationen	221
C. Strafantrag (§ 194)	222
D. Systematik	222
§ 23 Üble Nachrede (§ 186)	223
A. Allgemeines	223
B. Definitionen und Erläuterungen	223
I. Tatbestand	223
1. Tathandlung	223
2. Subjektiver Tatbestand	225
II. Nichterweislichkeit der Wahrheit	225
III. Qualifizierende Merkmale	226
1. Öffentlich	226
2. In einer Versammlung	226
3. Verbreiten eines Inhalts	226
C. Anwendung	227
§ 24 Qualifikationen (§§ 187 f)	228
A. Verleumdung (§ 187)	228
I. Allgemeines	228
II. Tatbestände	228
III. Qualifikation und Konkurrenzen	229
B. Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung (§ 188)	229
§ 25 Beleidigung (§ 185); verhetzende Beleidigung (§ 192a)	231
A. Allgemeines	231
B. Definitionen und Erläuterungen	231
I. Beleidigungstatbestand	231
1. Tathandlung	231
2. Subjektiver Tatbestand	233
II. Qualifizierende Merkmale	233
III. Formalbeleidigung	233
C. Anwendung	234
D. Verhetzende Beleidigung, § 192a	235
§ 26 Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189)	236
A. Allgemeines	236
B. Definitionen und Erläuterungen	236
§ 27 Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193)	238
A. Allgemeines	238
B. Definitionen und Erläuterungen	238
I. Objektive Rechtfertigung	238
1. Tadelnde Urteile	238
2. Ausführung oder Verteidigung von Rechten	238
3. Vorhaltungen, Rügen, Anzeigen und Urteile	239

4. Wahrnehmung (sonstiger) berechtigter Interessen	239
II. Subjektive Rechtfertigung	241
7. Abschnitt: Verletzung der Privatsphäre	242
§ 28 Verletzung der Privat- oder Intimsphäre	242
A. Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201)	242
I. Allgemeines	242
II. Tatbestände	242
1. Abs. 1 Nr. 1	242
2. Abs. 1 Nr. 2	243
3. Abs. 2 Nr. 1	244
4. Abs. 2 Nr. 2	245
5. Subjektiver Tatbestand	245
6. Abs. 3	245
III. Rechtswidrigkeit	245
1. Unbefugt	245
2. Allgemeine Rechtfertigungsgründe	246
IV. Anwendung	246
1. Aufbau	246
2. Konkurrenzen	247
B. Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen (§ 201a)	247
I. Allgemeines	247
II. Tatbestände	247
1. Abs. 1	247
a) Abs. 1 Nr. 1, Wohnung	247
b) Abs. 1 Nr. 2, Hilflosigkeit	248
c) Abs. 1 Nr. 3, Verstorbene	248
d) Abs. 1 Nr. 4	249
e) Abs. 1 Nr. 5	249
f) Tathandlungen	249
g) Höchstpersönlicher Lebensbereich	250
2. Abs. 2, Ansehen	250
3. Abs. 3 und 4, Nacktaufnahmen von minderjährigen Personen	251
4. Unbefugt	251
5. Subjektive Tatseite	251
III. Konkurrenzen	251
§ 29 Verletzung des Briefgeheimnisses (§ 202)	253
A. Allgemeines	253
B. Definitionen und Erläuterungen	253
I. Tatbestand	253
1. Tatobjekt	253
2. Tathandlungen	253
II. Rechtswidrigkeit	255
C. Anwendung	255
I. Aufbau	255

II. Konkurrenzen	256
§ 30 Ausspähen und Abfangen von Daten (§§ 202a–202d)	257
A. Ausspähen von Daten (§ 202a)	257
I. Allgemeines	257
II. Definitionen und Erläuterungen	257
1. Tatbestand	257
2. Rechtswidrigkeit	259
B. Abfangen von Daten (§ 202b)	259
I. Allgemeines	259
II. Definitionen und Erläuterungen	259
1. Tatbestand	259
2. Rechtswidrigkeit	260
C. Vorbereitungshandlungen (§ 202c)	260
D. Datenhehlerei (§ 202d)	261
I. Allgemeines	261
II. Definitionen und Erläuterungen	262
1. Tatbestand	262
2. Strafraumenbegrenzung	263
3. Tatbestandsausschluss	263
4. Strafantragserfordernis	263
§ 31 Verletzung und Verwertung von Privatgeheimnissen (§§ 203 f)	264
A. Allgemeines	264
B. Definitionen und Erläuterungen	264
I. Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203)	264
1. Abs. 1	265
2. Abs. 2	266
3. Abs. 3, 4, Mitwirkende Personen und ihre Geheimhaltungspflicht	266
4. Abs. 5	267
5. Subjektiver Tatbestand	267
II. Rechtswidrigkeit	267
III. Qualifikation (Abs. 6)	268
C. Verwertung fremder Geheimnisse (§ 204)	268
D. Anwendung	268
I. Aufbau	268
II. Beteiligung	269
§ 32 Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses (§ 206)	270
A. Allgemeines	270
B. Deliktsmerkmale und Konkurrenzen	270
§ 33 Hausfriedensbruch (§ 123)	272
A. Allgemeines	272
B. Definitionen und Erläuterungen	272
I. Geschützte Räumlichkeiten	272
II. Tathandlungen	273
1. Eindringen	274

2. Sich-nicht-Entfernen trotz Aufforderung	276
III. Subjektiver Tatbestand	277
IV. Rechtfertigung	277
C. Anwendung	278
I. Aufbau	278
II. Konkurrenzen	278
§ 34 Schwerer Hausfriedensbruch (§ 124)	280
A. Allgemeines	280
B. Definitionen und Erläuterungen	280
I. Objektiver Tatbestand	280
II. Subjektiver Tatbestand	281
 2. Teil Straftaten gegen Staat und Gesellschaft	
1. Abschnitt: Staatsschutzdelikte	282
§ 35 Systematik und Überblick (§§ 80a ff)	282
 2. Abschnitt: Straftaten gegen die Staatsgewalt und die öffentliche Ordnung	 285
§ 36 Widerstand gegen die Staatsgewalt und Behinderung von Hilfsdiensten	285
A. Allgemeines	285
B. Definitionen und Erläuterungen zu § 113	286
I. Objektiver Tatbestand	286
1. Täter- und Opferkreis	286
2. Vollstreckungshandlung als Ziel des Widerstands	287
3. Tathandlungen	288
II. Subjektiver Tatbestand	290
III. Rechtmäßigkeit der Diensthandlung (Abs. 3)	290
1. Kriterien der Rechtmäßigkeit	290
2. Deliktssystematische Einordnung	294
IV. Irrtum über die Rechtmäßigkeit der Diensthandlung (Abs. 4)	294
V. Besonders schwere Fälle (Abs. 2)	295
1. Abs. 2 Nr. 1	295
2. Abs. 2 Nr. 2	295
3. Abs. 2 Nr. 3	295
C. Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte, § 114	296
1. Rechtsgut	296
2. Tatbestand	296
3. Konkurrenzen	297
D. Behinderung von Hilfsdiensten, § 115 Abs. 3	298
E. Anwendung	299
I. Aufbau des § 113	299
II. Verhältnis des § 113 zur Nötigung (§ 240)	299
III. Aufbau des § 114	300

§ 37 Gefangenenbefreiung (§ 120)	302
A. Allgemeines	302
B. Definitionen und Erläuterungen	302
I. Gefangener	302
II. Täter	304
III. Tathandlungen	304
C. Anwendung	305
I. Aufbau	305
II. Beteiligung	305
III. Versuch	306
§ 38 Gefangenenmeuterei (§ 121)	307
A. Allgemeines	307
B. Definitionen und Erläuterungen	307
I. Tatbestand	307
II. Abs. 3	308
§ 39 Landfriedensbruch (§§ 125 f)	309
A. Allgemeines	309
B. Definitionen und Erläuterungen	309
I. Tatbestand	309
1. Gewalttätiger Landfriedensbruch	309
2. Bedrohender Landfriedensbruch	310
3. Aufwieglerischer Landfriedensbruch	310
4. Subjektiver Tatbestand	311
5. Konkurrenzen	311
II. Besonders schwere Fälle (§ 125a)	311
§ 40 Delikte gegen den Rechtsfrieden (§§ 111, 126, 127, 130–131, 140)	313
A. Allgemeines	313
B. Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111)	313
C. Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§ 126)	314
D. Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Taten (§ 126a)	315
E. Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet (§ 127)	316
F. Volksverhetzung (§ 130)	317
I. Allgemeines	317
II. Tatbestand	317
G. Anleitung zu Straftaten (§ 130a)	321
H. Gewaltdarstellung (§ 131)	321
I. Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 140)	322
§ 41 Organisationsdelikte (§§ 128–129b)	324
A. Allgemeines	324
B. Bildung bewaffneter Gruppen (§ 128)	324
C. Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129)	325
D. Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a)	328
E. Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b)	329

§ 42 Amtsanmaßung und Missbrauch von Titeln (§§ 132 f)	330
A. Amtsanmaßung (§ 132)	330
I. Allgemeines	330
II. Definitionen und Erläuterungen	330
1. Tatbestand	330
2. Konkurrenzen	332
B. Missbrauch von Titeln (§ 132a)	332
I. Allgemeines	332
II. Definitionen und Erläuterungen	332
§ 43 Verwahrungsbruch und Verletzung amtlicher Bekanntmachungen (§§ 133 f)	335
A. Verwahrungsbruch (§ 133)	335
I. Allgemeines	335
II. Definitionen und Erläuterungen	335
1. Tatbestand	335
2. Qualifikation	337
B. Verletzung amtlicher Bekanntmachungen (§ 134)	337
I. Allgemeines	337
II. Definitionen und Erläuterungen	337
§ 44 Verstrickungs- und Siegelbruch (§ 136)	339
A. Allgemeines	339
B. Verstrickungsbruch (Abs. 1)	339
C. Siegelbruch (Abs. 2)	340
D. Rechtswidrigkeit und Konkurrenzen	341
3. Abschnitt: Delikte gegen Religion und Weltanschauung	343
§ 45 Systematik und Überblick (§§ 166–168)	343
4. Abschnitt: Aussagedelikte	344
§ 46 Falsche uneidliche Aussage (§ 153)	344
A. Allgemeines	344
B. Definitionen und Erläuterungen	344
I. Objektiver Tatbestand	344
1. Täterkreis	344
2. Zuständige Stelle	344
3. Tathandlung	345
II. Subjektiver Tatbestand	348
C. Anwendung	349
I. Aufbau	349
II. Beteiligung	349
§ 47 Meineid und falsche Versicherung an Eides Statt (§§ 154–156, 161)	351
A. Meineid (§§ 154, 155)	351
I. Allgemeines	351

II.	Definitionen und Erläuterungen	351
1.	Täterkreis	351
2.	Zuständige Stelle	352
3.	Tathandlung	352
4.	Subjektiver Tatbestand	353
III.	Anwendung	353
B.	Falsche Versicherung an Eides Statt (§ 156)	353
I.	Allgemeines	353
II.	Definitionen und Erläuterungen	353
1.	Tathandlung	354
2.	Zuständige Stelle	354
3.	Unwahrheit	355
4.	Subjektiver Tatbestand	355
C.	Fahrlässiger Falscheid; fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt (§ 161)	355
§ 48	Versuch der Anstiftung zur Falschaussage und Verleitung zur Falschaussage (§§ 159 f)	357
A.	Versuch der Anstiftung zur Falschaussage (§ 159)	357
I.	Allgemeines	357
II.	Definitionen und Erläuterungen	357
B.	Verleitung zur Falschaussage (§ 160)	358
I.	Allgemeines	358
II.	Definitionen und Erläuterungen	359
III.	Anwendung	359
§ 49	Aussagenotstand (§ 157)	362
A.	Allgemeines	362
B.	Definitionen und Erläuterungen	362
I.	Voraussetzungen	362
1.	Anwendungsbereich	362
2.	Absicht der Gefahrabwendung	362
II.	Konkurrenzen	364
§ 50	Berichtigung einer falschen Aussage (§§ 158, 161 Abs. 2)	365
A.	Allgemeines	365
B.	Definitionen und Erläuterungen	365
I.	Voraussetzungen	365
1.	Berichtigen	365
2.	Verspätete Berichtigung	366
II.	Verhältnis zu § 24	366
5. Abschnitt:	Strafvereitelung, Irreführung und Nichtanzeige	367
§ 51	Strafvereitelung (§§ 258 f)	367
A.	Allgemeines	367
B.	Definitionen und Erläuterungen	367

I. Verfolgungsvereitelung (Abs. 1)	367
1. Vortat	368
2. Tathandlung und Erfolg	368
II. Vollstreckungsvereitelung (Abs. 2)	370
1. Rechtskräftige Verurteilung	370
2. Tathandlung und Erfolg	370
III. Subjektiver Tatbestand	371
IV. Strafausschließungsgründe (Abs. 5 und 6)	371
C. Qualifikation: Strafvereitelung im Amt (§ 258a)	372
D. Anwendung	373
I. Aufbau	373
II. Versuch	374
III. Beteiligung	374
§ 52 Falsche Verdächtigung (§ 164)	377
A. Allgemeines	377
B. Definitionen und Erläuterungen	377
I. Abs. 1	377
1. Objektiver Tatbestand	378
2. Subjektiver Tatbestand	381
II. Abs. 2	381
C. Anwendung	382
I. Aufbau	382
II. Irrtum	382
III. Entsprechende Anwendung von § 158?	383
IV. Konkurrenzen, Wahlfeststellung	383
§ 53 Vortäuschen einer Straftat (§ 145d)	384
A. Allgemeines	384
B. Definitionen und Erläuterungen	384
I. Objektive Tatbestände	384
1. Abs. 1 Nr. 1	384
2. Abs. 2 Nr. 1	386
3. Abs. 1 Nr. 2	388
4. Abs. 2 Nr. 2	388
II. Subjektiver Tatbestand	388
C. Anwendung	388
I. Aufbau	388
1. Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 1	388
2. Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2	389
II. Subsidiaritätsklausel	389
§ 54 Nichtanzeige geplanter Straftaten (§§ 138 f)	391
A. Allgemeines	391
B. Definitionen und Erläuterungen	391
I. Tatbestand (§ 138)	391
1. Anzeigepflicht	391
2. Täter	392

3. Tathandlung	393
4. Subjektiver Tatbestand	393
II. Straflosigkeit (§ 139)	394
C. Anwendung	394
 6. Abschnitt: Urkundendelikte	 396
§ 55 Urkundenfälschung (§ 267)	396
A. Allgemeines	396
B. Definitionen und Erläuterungen	398
I. Tatobjekt (Urkunde)	398
1. Begriff	398
2. Abgrenzungen	401
3. Besondere Urkunden	402
II. Tathandlungen	406
1. Herstellen einer unechten Urkunde (Abs. 1 Alt. 1)	406
2. Verfälschen einer echten Urkunde (Abs. 1 Alt. 2)	408
3. Gebrauchen einer unechten oder verfälschten Urkunde (Abs. 1 Alt. 3)	410
III. Subjektiver Tatbestand	411
IV. Besonders schwere Fälle	411
C. Anwendung	412
I. Aufbau	412
II. Beteiligung	413
III. Konkurrenzen	413
 § 56 Fälschung technischer Aufzeichnungen und beweiserheblicher Daten (§§ 268, 269)	 415
A. Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268)	415
I. Allgemeines	415
II. Definitionen und Erläuterungen	415
1. Tatobjekt (technische Aufzeichnung)	415
2. Mangelnde Echtheit	417
3. Tathandlungen	417
4. Subjektiver Tatbestand	417
B. Fälschung beweiserheblicher Daten (§ 269)	417
I. Allgemeines	417
II. Definitionen und Erläuterungen	418
1. „Datenurkunde“	418
2. Tathandlungen	419
3. Subjektiver Tatbestand	419
 § 57 Urkundenunterdrückung (§ 274)	 421
A. Allgemeines	421
B. Definitionen und Erläuterungen zu Abs. 1 Nrn. 1, 2	421
I. Objektiver Tatbestand des Abs. 1 Nr. 1	421
1. Tatobjekte	421
2. Gehören	421

3. Tathandlungen	422
II. Objektiver Tatbestand des Abs. 1 Nr. 2	423
III. Subjektiver Tatbestand	423
C. Anwendung	424
I. Aufbau	424
II. Konkurrenzen	424
§ 58 Falschbeurkundung im Amt und mittelbare Falschbeurkundung (§§ 348, 271)	425
A. Falschbeurkundung im Amt (§ 348)	425
I. Allgemeines	425
II. Definitionen und Erläuterungen	425
1. Objektiver Tatbestand	425
2. Subjektiver Tatbestand	427
III. Anwendung	427
B. Mittelbare Falschbeurkundung (§ 271)	427
I. Allgemeines	427
II. Definitionen und Erläuterungen (Abs. 1)	427
III. Anwendung	429
1. Aufbau	429
2. Irrtumsfragen	429
§ 59 Ausstellen und Gebrauch von Gesundheitszeugnissen (§§ 277–279)	431
A. Unbefugtes Ausstellen von Gesundheitszeugnissen (§ 277)	431
B. Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 278)	432
C. Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 279)	433
§ 60 Fälschung und Missbrauch von Ausweispapieren und anderen Urkunden (§§ 273, 275–276a, 281)	434
A. Verändern von amtlichen Ausweisen (§ 273)	434
B. Missbrauch von Ausweispapieren (§ 281)	434
C. Sonstige Ausweisdelikte (§§ 275–276a)	435
7. Abschnitt: Brandstiftung	436
§ 61 Einfache Brandstiftung (§§ 306, 306d)	436
A. Allgemeines	436
B. Definitionen und Erläuterungen	436
I. Tatbestand	436
1. Tatobjekte	436
2. Tathandlungen	437
3. Subjektiver Tatbestand	439
II. Tätige Reue (§ 306e)	439
C. Anwendung	440
I. Aufbau	440
II. Konkurrenzen	440
§ 62 Qualifizierte Brandstiftungen (§§ 306a–306c)	441
A. Schwere Brandstiftung (§ 306a)	441

I. Allgemeines	441
II. Definitionen und Erläuterungen	441
1. Abs. 1	441
2. Abs. 2	443
3. Subjektiver Tatbestand	443
III. Anwendung	444
1. Aufbau	444
2. Tätige Reue	444
3. Einwilligung	444
B. Besonders schwere Brandstiftung (§ 306b)	444
I. Allgemeines	444
II. Definitionen und Erläuterungen	444
1. Abs. 1	444
2. Abs. 2	445
C. Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c)	446
§ 63 Herbeiführen einer Brandgefahr (§ 306f)	448
A. Allgemeines	448
B. Definitionen und Erläuterungen	448
C. Anwendung	448
I. Konkurrenzen	448
II. Tätige Reue (§ 306e)	449
8. Abschnitt: Verkehrsdelikte	450
§ 64 Trunkenheit im Verkehr (§ 316)	450
A. Allgemeines	450
B. Definitionen und Erläuterungen	450
I. Objektiver Tatbestand	450
1. Führen eines Fahrzeugs	450
2. Fahruntauglichkeit	451
II. Subjektiver Tatbestand	452
C. Anwendung	453
I. Aufbau	453
II. Konkurrenzen	453
§ 65 Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c)	454
A. Allgemeines	454
B. Definitionen und Erläuterungen	454
I. Handlungsteil	454
1. Abs. 1 Nr. 1	454
2. Abs. 1 Nr. 2	454
II. Gefährdungsteil	455
1. Gefährdungsobjekte	455
2. Gefährden	455
III. Kausalität und Zurechnungszusammenhang	456
IV. Subjektiver Tatbestand	456
C. Anwendung	457

I. Aufbau	457
II. Einwilligung	457
III. Konkurrenzen	458
§ 66 Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b)	459
A. Allgemeines	459
B. Definitionen und Erläuterungen	459
I. Tatbestand	459
1. Tathandlungen	459
2. Gefährdung; Kausal- und Zurechnungszusammenhang	461
3. Subjektiver Tatbestand	462
II. Qualifikation	462
C. Anwendung	462
§ 67 Verbotene Kraftfahrzeugrennen (§ 315d)	464
A. Allgemeines	464
B. Definitionen und Erläuterungen	464
I. Tatbestand	464
1. Im Straßenverkehr	465
2. Nicht erlaubtes Kraftfahrzeugrennen ausrichten oder durchführen (Abs. 1 Nr. 1) oder daran teilnehmen (Abs. 1 Nr. 2)	465
3. Grob verkehrswidriges und rücksichtsloses Rasen (Abs. 1 Nr. 3) im Straßenverkehr	467
II. Qualifikation nach Abs. 2; Erfolgsqualifikation nach Abs. 5	469
C. Anwendung	471
I. Aufbau	471
II. Konkurrenzen	471
§ 68 Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142)	472
A. Allgemeines	472
B. Definitionen und Erläuterungen	472
I. Tatbestand	472
1. Tatsituation (Unfall)	472
2. Täterkreis (Unfallbeteiligte)	474
3. Tathandlungen	474
4. Subjektiver Tatbestand	479
II. Tätige Reue	479
C. Anwendung	480
I. Aufbau	480
1. Abs. 1	480
2. Abs. 2	480
II. Beteiligung	480
III. Konkurrenzen	481
9. Abschnitt: Vollrausch und unterlassene Hilfeleistung	482
§ 69 Vollrausch (§ 323a)	482
A. Allgemeines	482

B. Definitionen und Erläuterungen	483
I. Objektiver Tatbestand	483
1. Rausch	483
2. (Mögliche) Schuldunfähigkeit	484
II. Subjektiver Tatbestand und Schuld	485
III. Rauschtat	485
C. Anwendung	486
I. Aufbau	486
II. Beteiligung	487
III. Konkurrenzen	487
 § 70 Unterlassene Hilfeleistung; Behinderung von hilfeleistenden Personen (§ 323c)	 488
A. Allgemeines	488
B. Definitionen und Erläuterungen	488
I. Objektiver Tatbestand des Abs. 1	488
1. Tatsituation	489
2. Unterlassen der erforderlichen und zumutbaren Hilfeleistung	490
a) Erforderlichkeit	491
b) Zumutbarkeit	491
II. Subjektiver Tatbestand des Abs. 1	492
III. Objektiver Tatbestand des Abs. 2	492
1. Notsituation	492
2. Hilfeleistende Person	492
3. Tathandlung	492
IV. Subjektiver Tatbestand bei Abs. 2	493
C. Anwendung	494
I. Aufbau	494
II. Tätige Reue	494
III. Konkurrenzen	494
 10. Abschnitt: Amtsdelikte	 496
§ 71 Vorteilsannahme und Bestechlichkeit (§§ 331 f)	496
A. Vorteilsannahme (§ 331)	496
I. Allgemeines	496
II. Definitionen und Erläuterungen	497
1. Täterkreis	497
2. Vorteil	498
3. Dienstausübung (Abs. 1)	499
4. Richterliche Handlung (Abs. 2)	501
5. Unterlassen (§ 336)	501
6. Tathandlung	501
7. Vollendung	504
8. Subjektiver Tatbestand	504
9. Genehmigung (Abs. 3)	504
III. Anwendung	504
1. Aufbau	504

2. Beteiligung	505
B. Bestechlichkeit (§ 332)	505
I. Allgemeines	505
II. Definitionen und Erläuterungen	505
1. Täterkreis	505
2. Unrechtsvereinbarung	506
3. Pflichtverletzung	506
4. Subjektiver Tatbestand	507
C. Besonders schwere Fälle (§ 335)	508
§ 72 Vorteilsgewährung und Bestechung (§§ 333 f)	509
A. Vorteilsgewährung (§ 333)	509
I. Allgemeines	509
II. Definitionen und Erläuterungen	509
B. Bestechung (§ 334)	510
§ 73 Rechtsbeugung (§ 339)	511
A. Allgemeines	511
B. Definitionen und Erläuterungen	511
I. Rechtssache	511
II. Täterkreis	511
III. Tathandlung	512
1. Rechtsverletzung	512
2. Unrichtige Rechtsanwendung	513
IV. Erfolg	514
V. Subjektiver Tatbestand	514
C. Anwendung	514
I. Beteiligung	514
II. Sperrwirkung der Rechtsbeugung	514
§ 74 Aussageerpressung (§ 343)	516
A. Allgemeines	516
B. Definitionen und Erläuterungen	516
I. Tatsituation	516
II. Täterkreis	516
III. Tathandlungen	517
IV. Subjektiver Tatbestand	517
V. Anwendung	518
Definitionen	519
Stichwortverzeichnis	537

Abkürzungsverzeichnis

Paragrafen ohne Gesetzesangaben sind solche des StGB; Absätze werden mit römischen Zahlen beziffert.

aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
aE	am Ende
aF	alte Fassung
AG	Amtsgericht, Aktiengesellschaft
Alt.	Alternative
Ambos	Internationales Strafrecht. 5. Aufl. 2018
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Arzt/Weber/ Heinrich/ Hilgendorf	Arzt, Weber, Heinrich, Hilgendorf, Strafrecht Besonderer Teil. Lehrbuch, 4. Aufl. 2021
AsylG	Asylgesetz
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Baumann-FS	Arzt u.a. (Hrsg.), Festschrift für Jürgen Baumann, 1992
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BeckOK-Bearbeiter	Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online Kommentar StGB, 57. Edition, Stand 01.05.2023
Bemmann-FS	Schulz u.a. (Hrsg.), Festschrift für Günter Bemmann, 1997
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Teil, Seite)
BGH	Bundesgerichtshof
BGH-FS	Krüger-Nieland (Hrsg.), 25 Jahre Bundesgerichtshof, 1975
BGH-FS IV	Canaris u.a. (Hrsg.), 50 Jahre Bundesgerichtshof. Festgabe aus der Wissenschaft, Bd. IV. Strafrecht, Strafprozessrecht, 2000
BGHR	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Binding	Binding, Lehrbuch des Gemeinen Deutschen Strafrechts, Beson- derer Teil, Bd. I, 2. Aufl. 1902, Bd. II, 1. Abteilung, 2. Aufl. 1904, 2. Abteilung 1905
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BNotarO	Bundesnotarordnung
Bockelmann-FS	Kaufmann, Arthur u.a. (Hrsg.), Festschrift für Paul Bockelmann, 1979
BR-Dr.	Bundesratsdrucksache (Nummer/Jahr)
Brauneck-FS	Kreuzer (Hrsg.), Fühlende und denkende Kriminalwissenschaften. Ehrengabe für Anne-Eva Brauneck, 1999
Bruns-FS	Frisch u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Jürgen Bruns, 1978

BSG	Bundessozialgericht
bspw	beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Dr.	Bundestagsdrucksache (Wahlperiode/Nummer)
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl	bezüglich
bzw	beziehungsweise
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dh	das heißt
Die Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg
dies.	dieselbe(n)
diff.	differenzierend
DIN	Deutsche Industrie-Norm(en)
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
Dr.	Drucksache
Dreher-FS	Jescheck u.a. (Hrsg.), Festschrift für Eduard Dreher, 1977
DRiG	Deutsches Richtergesetz
ebda.	ebenda
einschr.	einschränkend
Eisele BT I	Eisele, Strafrecht – Besonderer Teil I, 6. Aufl. 2021
EmbryonenschutzG	Embryonenschutzgesetz
Engisch-FS	Bockelmann u.a. (Hrsg.), Festschrift für Karl Engisch, 1969
Erbs/Kohlhaas	Strafrechtliche Nebengesetze. 236. Ergänzungslieferung 2021
Eser-FS	Arnold u.a. (Hrsg.), Festschrift für Albin Eser, 2005
Esser	Internationales Strafrecht, 3. Aufl. 2023
EU	Europäische Union
EUBestG	EU-Bestechungsgesetz
f	folgende (Seite, Paragraph)
ff	folgende (Seiten, Paragraphen)
Fischer	Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 70. Aufl. 2023
Fn.	Fußnote
Frank	Frank, Das Strafrecht für das Deutsche Reich, 18. Aufl. 1931
Frisch-FS	Freund u.a. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Frisch, 2013
FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr
GA	Archiv für Strafrecht und Strafprozeß, begründet von Th. Goltammer; (später:) Goltammer's Archiv für Strafrecht
GA-FS	Wolter (Hrsg.), 140 Jahre Goltammer's Archiv für Strafrecht. Eine Würdigung zum 70. Geburtstag von Paul-Günter Pötz, 1993
Gallas-FS	Lackner u.a. (Hrsg.), Festschrift für Wilhelm Gallas, 1973
GBA	Generalbundesanwalt
Geerds-FS	Schlüchter (Hrsg.), Festschrift für Friedrich Geerds, 1995
gem.	gemäß
GewSchG	Gewaltschutzgesetz

GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf	gegebenenfalls
Gless	Internationales Strafrecht, 3. Aufl. 2021
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gössel/Dölling I	Gössel, Dölling, Strafrecht Besonderer Teil, Bd. I, Delikte gegen immaterielle Rechtsgüter des Individuums, 2. Aufl. 2004
Gössel-FS	Dölling, Erb (Hrsg.), Festschrift für Karl Heinz Gössel, 2002
grds.	grundsätzlich
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hälschner	Hälschner, Das gemeine deutsche Strafrecht, systematisch dargestellt, Bd. II, 1. Abtheilung 1884, 2. Abtheilung 1887
Hanack-FS	Ebert u.a. (Hrsg.), Festschrift für Ernst-Walter Hanack, 1999
HdS IV	Hilgendorf, Kudlich, Valerius (Hrsg.), Handbuch des Strafrechts. Band 4 Strafrecht Besonderer Teil I, 2019
Heinitz-FS	Lüttger (Hrsg.), Festschrift für Ernst Heinitz, 1972
Herzberg-FS	Putzke u.a. (Hrsg.), Festschrift für Rolf Dietrich Herzberg, 2008
Hilgendorf/Valerius I	Hilgendorf, Valerius, Strafrecht Besonderer Teil I, 2021
Hirsch-FS	Weigend u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hans Joachim Hirsch, 1999
HKGS-Bearbeiter	Dölling, Duttge, König, Rössner (Hrsg.), Gesamtes Strafrecht, Handkommentar, 5. Aufl. 2022
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
Hohmann/Sander	Hohmann, Sander, Strafrecht Besonderer Teil II. Delikte gegen die Person und gegen die Allgemeinheit, 4. Aufl. 2021
HRR	Feisenberger (Hrsg.), Höchststrichterliche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Strafrechts (zitiert nach Jahr und Nummer)
HRRS	Online-Zeitschrift für höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
Hs	Halbsatz
iE	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinne
iSd	im Sinne des
iSe	im Sinne eines/r
IStGHSt	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs
iSv	im Sinne von
iU	im Unterschied
iVm	in Verbindung mit
iwS	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jäger	Jäger, Examens-Repetitorium Strafrecht BT, 9. Aufl. 2021
Jakobs	Jakobs, Strafrecht Allgemeiner Teil, 2. Aufl. 1991
Jescheck-FS	Vogler u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck, 1985
Jescheck/Weigend	Jescheck, Weigend, Lehrbuch des Strafrechts Allgemeiner Teil, 5. Aufl. 1996
jew.	jeweils
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JK	Jura-Rechtsprechungskartei (Beilage der Zeitschrift Jura)
JMBlnRW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
Joecks/Jäger	Joecks, Jäger, Studienkommentar StGB, 13. Aufl. 2021
jm	juris Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JurisPR-StrafR	juris PraxisReport Strafrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)

JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kaufmann, A.-GS	Dornseifer u.a. (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Armin Kaufmann, 1989
Kaufmann, Arth.-FS	Haft u.a. (Hrsg.), Strafgerechtigkeit. Festschrift für Arthur Kaufmann, 1993
Kaufmann, H.-GS	Hirsch u.a. (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Hilde Kaufmann, 1986
KG	Kammergericht
Kindhäuser/Böse BT II	Kindhäuser, Böse, Lehrbuch des Strafrechts Besonderer Teil II, Straftaten gegen Vermögensrechte, 12. Aufl. 2022
Kindhäuser/Hilgendorf LPK	Kindhäuser/Hilgendorf, Strafgesetzbuch. Lehr- und Praxiskommentar, 9. Aufl. 2022
Kindhäuser/Zimmermann AT	Kindhäuser, Zimmermann, Lehrbuch des Strafrechts Allgemeiner Teil, 10. Aufl. 2021
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KlimR	Klima und Recht (Zeitschrift)
Klug-FS	Kohlmann (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Klug, Band II, Strafrecht, Prozeßrecht, Kriminologie, Strafvollzugsrecht, 1983
Krey/Hellmann/Heinrich I	Krey, Heinrich, Hellmann, Strafrecht BT, Bd. I, BT ohne Vermögensdelikte, 17. Aufl. 2021
Krey/Hellmann/Heinrich II	Krey, Hellmann, Heinrich, Strafrecht BT, Bd. II, Vermögensdelikte, 18. Aufl. 2021
Kriele-FS	Ziemske u.a. (Hrsg.), Festschrift für Martin Kriele, 1997
Kriminalistik	Unabhängige Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis
krit.	kritisch
Kühl	Kühl, Strafrecht Allgemeiner Teil, 8. Aufl. 2017
Küper/Zopfs	Küper, Zopfs, Strafrecht Besonderer Teil, Definitionen mit Erläuterungen, 11. Aufl. 2021
Küpper/Börner	Küpper, Börner, Strafrecht, Besonderer Teil 1. Delikte gegen Rechtsgüter der Person und Gemeinschaft, 4. Aufl. 2017
L-Kühl/Heger	Lackner, Kühl, Heger, Strafgesetzbuch mit Erläuterungen, 30. Aufl. 2023
Kühl-FS	Heger u.a. (Hrsg.), Festschrift für Kristian Kühl, 2014
Lackner-FS	Küper u.a. (Hrsg.), Festschrift für Karl Lackner, 1987
Leferenz-FS	Kerner u.a. (Hrsg.), Festschrift für Heinz Leferenz, 1983
Lenckner-FS	Eser u.a. (Hrsg.), Festschrift für Theodor Lenckner, 1998
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
v. Liszt	v. Liszt, Lehrbuch des Deutschen Strafrechts, 22. Aufl. 1919
LK-Bearbeiter	Cirener/Radtke/Rissing-van Saan (Hrsg.), Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 13. Aufl. seit 2019
	Laufhütte, Rissing-van Saan, Tiedemann (Hrsg.), Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 12. Aufl. seit 2006
	Jähnke, Laufhütte, Odersky (Hrsg.), Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 11. Aufl. seit 1992
	Jescheck, Ruß, Willms (Hrsg.), Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 10. Aufl. seit 1985
LZ	Leipziger Zeitschrift
M/R-Bearbeiter	Matt, Renzikowski, Strafgesetzbuch, 2. Aufl. 2020
M/S/M/H/M- Bearbeiter	Maurach, Schroeder, Maiwald, Hoyer, Momsen, Strafrecht BT, Teilbd. I, Straftaten gegen Persönlichkeits- und Vermögenswerte 11. Aufl. 2019

M-Schroeder/Maiwald	Maurach, Schroeder, Maiwald, Strafrecht BT, Teilbd. I, Straftaten gegen Persönlichkeits- und Vermögenswerte, 10. Aufl. 2000; Teilbd. II, Straftaten gegen Gemeinschaftswerte, 10. Aufl. 2013
m.	mit
m.a.W.	mit anderen Worten
Mahrenholz-FS	Däubler-Gmelin u.a. (Hrsg.), Festschrift für Ernst Gottfried Mahrenholz, 1994
Mayer-FS	Geerds u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hellmuth Mayer, 1966
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
medstra	Zeitschrift für Medizinstrafrecht
Merkel	Merkel, Lehrbuch des Deutschen Strafrechts, 1889
Merkel-FS	Bublitz u. a. (Hrsg.), Festschrift für Reinhard Merkel, 2020
Meurer-GS	Graul, Wolf (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Dieter Meurer, 2002
MK-Bearbeiter	Joecks, Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 1. Aufl. ab 2003, 2. Aufl. ab 2011, 3. Aufl. ab 2016, 4. Aufl. ab 2020
MMR	MultiMedia und Recht. Zeitschrift für Information, Telekommunikation und Medienrecht
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
Murmann	Grundkurs Strafrecht, 7. Aufl. 2022
mwN	mit weiteren Nachweisen
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege (Zeitschrift)
Nishihara-FS	Eser u.a. (Hrsg.), Festschrift für Haruo Nishihara, Bd. V, Beiträge in deutscher Sprache, 1998
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NK-Bearbeiter	Kindhäuser, Neumann, Paeffgen, Saliger (Hrsg.), Nomos-Kommentar zum Strafgesetzbuch, 6. Aufl. 2023
Noll-GS	Hauser u.a. (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Peter Noll, 1984
Nr.	Nummer(n)
NStE	Rebmann u.a. (Hrsg.), Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungs-Report Strafrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.Ä.	oder Ähnlich(e, es)
OLG	Oberlandesgericht
OLG Celle-FS	Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät Göttingen (Hrsg.), Göttinger Festschrift für das Oberlandesgericht Celle, 1961
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafvahrensrecht
Otto	Otto, Grundkurs Strafrecht, Bd. II, Die einzelnen Delikte, 7. Aufl. 2005
Otto-FS	Dannecker u.a. (Hrsg.), Festschrift für Harro Otto, 2007
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Paeffgen-FS	Stuckenberg u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Ullrich Paeffgen, 2015
Grüneberg/Bearbeiter	Grüneberg, Bürgerliches Gesetzbuch. Kurzkommentar, 82. Aufl. 2023
PandemiestrafR-Bearbeiter	Esser, Tsambikakis, Pandemiestrafrecht, 2020
Peters-FS	Baumann u.a. (Hrsg.), Einheit und Vielfalt des Strafrechts. Festschrift für Karl Peters, 1974
Pfeiffer-FS	Freiherr v. Gamm u.a. (Hrsg.), Festschrift für Gerd Pfeiffer, 1988
PostG	Postgesetz
Puppe-FS	Paeffgen u.a. (Hrsg.), Festschrift für Ingeborg Puppe, 2011

Puppe AT	Puppe, Strafrecht Allgemeiner Teil im Spiegel der Rechtsprechung, 5. Aufl. 2022
Rengier I, II	Rengier, Strafrecht BT I, Vermögensdelikte, 25. Aufl. 2023; Strafrecht BT II, Delikte gegen die Person und die Allgemeinheit, 24. Aufl. 2023
restr.	restriktiv
ReuHassKBekG	Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität v. 30. März 2021 (BGBl. I S. 441)
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt (Teil, Seite)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rn	Randnummer
Roxin/Greco AT I	Roxin, Greco, Strafrecht Allgemeiner Teil, Bd. 1, Grundlagen. Der Aufbau der Verbrechenslehre, 5. Aufl. 2020
Roxin-FS I	Achenbach u.a. (Hrsg.), Festschrift für Claus Roxin zum 70. Geburtstag, 2001
Roxin-FS II	Heinrich u.a. (Hrsg.), Festschrift für Claus Roxin, 2011
RPfLG	Rechtspflegergesetz
Rspr	Rechtsprechung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
Rudolphi-FS	Rogall u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Joachim Rudolphi, 2004
RW	Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
S.	Satz, Seite
s.	siehe
Safferling	Internationales Strafrecht, 2011
Satzger	Internationales und Europäisches Strafrecht, 10. Aufl. 2022
Schewe-FS	Schütz u.a. (Hrsg.), Festschrift für Günter Schewe, 1991
Schlüchter-GS	Duttge u.a. (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Ellen Schlüchter, 2002
Schmidt Covid-19	Covid-19 Rechtsfragen zur Corona-Krise 3. Aufl. 2021
Schramm BT-2	Besonderer Teil 2, Eigentums- und Vermögensdelikte, 3. Aufl. 2023
Schramm IntStR	Internationales Strafrecht. Strafanwendungsrecht, Völkerstrafrecht, Europäisches Strafrecht. 2. Aufl. 2018
Schroeder-FS	Hoyer u.a. (Hrsg.), Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder, 2006
Schröder-GS	Stree u.a. (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Horst Schröder, 1978
Schünemann-FS	Hefendehl u.a. (Hrsg.), Festschrift für Bernd Schünemann, 2014
Seebode-FS	Schneider u.a. (Hrsg.), Festschrift für Manfred Seebode, 2008
SexDelÄndG	Sexualdeliktsänderungsgesetz
SK-Bearbeiter	Wolter (Hrsg.), Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch 9. Aufl. 2016 ff.
sog.	sogenannt(e, er)
SoldG	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz)
Spendel-FS	Seebode (Hrsg.), Festschrift für Günter Spendel, 1992
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz)
S/S-Bearbeiter	Schönke, Schröder, Strafgesetzbuch. Kommentar, 30. Aufl. 2019
S/S/W-Bearbeiter	Satzger, Schluckebier, Widmaier (Hrsg.), Strafgesetzbuch. Kommentar, 5. Aufl. 2021
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
Stratenwerth/Kuhlen AT	Stratenwerth, Kuhlen, Strafrecht Allgemeiner Teil, Die Straftat, 6. Aufl. 2011

Stree/Wessels-FS	Küper u.a. (Hrsg.), Beiträge zur Rechtswissenschaft. Festschrift für Walter Stree und Johannes Wessels, 1993
StrRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz)
TPG	Transplantationsgesetz
Tröndle-FS	Jescheck u.a. (Hrsg.), Festschrift für Herbert Tröndle, 1988
u.a.	und andere; unter anderem
UKG	Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität
umf.	umfassend(e)
umstr.	umstritten
unstr.	unstrittig
usw	und so weiter
Var.	Variante
VDB	Birkmeyer u.a. (Hrsg.), Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Besonderer Teil I-IX, 1905–1909
vgl	vergleiche
Volk-FS	Hassemer u.a. (Hrsg.), Festschrift für Klaus Volk, 2009
Vor	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
W/H/E	Wessels, Hettinger, Engländer, Strafrecht Besonderer Teil/1, Straftaten gegen Persönlichkeits- und Gemeinschaftswerte, 46. Aufl. 2022
W/H/S	Wessels, Hillenkamp, Schuhr, Strafrecht Besonderer Teil/2, Straftaten gegen Vermögenswerte, 45. Aufl. 2022
WaffG	Waffengesetz
Welzel	Welzel, Das Deutsche Strafrecht, 11. Aufl. 1969
Welzel-FS	Stratenwerth u.a. (Hrsg.), Festschrift für Hans Welzel, 1974
Werle/Jeßberger	Völkerstrafrecht, 5. Aufl. 2020
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
W/J/S	Wabnitz/Janovsky/Schmitt, Handbuch Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, 5. Aufl. 2020
Wolff-FS	Zaczyk u.a. (Hrsg.), Festschrift für E. A. Wolff, 1998
Wolter-FS	Zöller u.a. (Hrsg.), Festschrift für Jürgen Wolter, 2013
WStG	Wehrstrafgesetz
zB	zum Beispiel
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
Zipf-GS	Gössel, Triffterer (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Heinz Zipf, 1999
Zöllner/Mavany	Zöller, Mavany, Strafrecht Besonderer Teil II, 2. Aufl. 2020
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend

1. Teil Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte

1. Abschnitt: Delikte gegen das Leben

§ 1 Totschlag (§§ 212 f) und fahrlässige Tötung (§ 222)

A. Allgemeines

I. Gesetzessystematik

Der Totschlag (§ 212) und die fahrlässige Tötung (§ 222) gehören – neben dem Mord (§ 211) und der Tötung auf Verlangen (§ 216) – zu den **Tötungsdelikten** i.e.S., die wiederum mit dem **Schwangerschaftsabbruch** (§§ 218 bis 219b) und der **Aussetzung** (§ 221) die Gruppe der Delikte gegen das menschliche Leben i.w.S. bilden. Der früher im StGB als § 220a aF enthaltene Straftatbestand des **Völkermords** wurde 2002 in das Völkerstrafgesetzbuch (§ 6 VStGB) verschoben.¹

Nach weit überwiegender Ansicht im **Schrifttum** ist der **Totschlag** der **Grundtatbestand** der vorsätzlichen Tötungsdelikte;² er wird durch § 211 qualifiziert. § 213 ist eine – nur für § 212 geltende³ – unselbständige Strafzumessungsvorschrift, die eine mildere Bestrafung vor allem für provozierte Tötungen ermöglicht. Der Tatbestand der Tötung auf Verlangen nach § 216 formuliert dagegen nach hL eine selbstständige und abschließende Privilegierung zu § 212.⁴

Für die Einstufung des Totschlags als Grundtatbestand spricht, dass zwischen § 211 und § 212 nur eine graduelle Unrechtsabstufung besteht. Hieran ändert auch die für § 211 absolut angedrohte lebenslange Freiheitsstrafe nichts: Es ist heute anerkannt, dass bei gemindertem Unrecht entweder nur § 212 anzuwenden oder das Strafmaß trotz formal erfüllter Mordmerkmale nach Maßgabe von § 49 zu senken ist.⁵ Ferner wurde durch die Einfügung von § 57a im Jahr 1981 die Differenz zwischen zeitiger und lebenslanger Freiheitsstrafe auf der Ebene der Strafvollstreckung relativiert. Auch der Umstand, dass § 211 vom „Mörder“, § 212 aber vom „Totschläger“ spricht, besagt nichts. Entsprechende Tätertypen lassen sich weder normativ noch kriminologisch unterscheiden.

Demgegenüber sieht die **Rechtsprechung**⁶ in den §§ 211 und 212 zwei selbstständige Tatbestände mit jeweils unterschiedlichem und abschließend umschriebenem Unrechts-

1 Zu diesem Straftatbestand und seiner Rechtsnatur vgl. MK-Kreß, § 6 VStGB; Schramm IntStR Kap. 2 Rn 36 ff.; Werle/Jeffberger Rn 950 ff.

2 Vgl. nur W/H/E-Engländer Rn 84; Murmann, § 21 Rn. 6 ff.; SK-Sinn § 211 Rn 2, jew. mwN.; referierend S/S/W-Momsen, Vor § 211 Rn 10; unentschieden LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 151.

3 BGHSt 2, 258; 30, 105 (118); S/S-Eser/Sternberg-Lieben Vor § 211 Rn 9a, § 213 Rn 3; Fischer § 213 Rn 2; Hohmann/Sander § 1/15; für eine Anwendbarkeit von § 213 Alt. 1 auf § 211 dagegen Zwihehoff, Die provozierte Tötung, 2001, 39; zust. NK-Neumann, Vor § 211 Rn 167; für eine Anwendbarkeit des Strafraumens von § 212 beim Zusammentreffen von §§ 211 und 213 Alt. 1 Küpper Kriele-FS 777 (793 f); Rengier II § 4/76.

4 Vgl. unten § 3 Rn 9.

5 Näher § 2 Rn 5 ff.

6 Seit BGHSt 1, 368 in ständiger Rechtsprechung; vgl. auch BGHSt 22, 375; 36, 231 (233); 50, 1 (5); allerdings in BGH NJW 2006, 1008 (1012 f) m. Bespr. Küper JZ 2006, 608 (612 f) und 1157 ff, in einem *obiter dictum* in Frage gestellt; vgl. dazu Gropp Seebode-FS 125 (126, 140 f); LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 152.

gehalt. Der Mord sei keine Qualifikation zu § 212, sondern ein eigenständiges Delikt (*delictum sui generis*), das die Strafbarkeit selbstständig begründe. Auch § 216 wird als *delictum sui generis* verstanden.⁷

- 5 Die voneinander abweichenden systematischen Einordnungen des Mordtatbestands haben vor allem Konsequenzen für die Anwendbarkeit von § 28 bei mehreren Beteiligten.⁸ Entsprechendes gilt für das Verhältnis von § 212 und § 216.

II. Zeitlicher Schutzbereich

► **Fall 1:** Bei einer Abtreibung in der 20. Woche der Schwangerschaft wird ein etwa 25 cm langes Wesen mit bereits ausgeprägten Körperformen ausgestoßen, das sich zuckend bewegt und piepst. Der Ehemann E der Schwangeren hält das Kind für lebend und drückt es etwa zwei Minuten lang in die Matratze, bis er keine Regungen mehr spürt.⁹ ◀

- 6 **1. Zeitraum.** In zeitlicher Hinsicht wird das menschliche Leben – als keimendes, noch ungeborenes Leben – von der Nidation bis zur Geburt von den Schwangerschaftsdelikten, anschließend – als menschliches Leben *ieS* – von den Tötungsdelikten geschützt.¹⁰ Nach Auffassung des BVerfG kommt dem Leben des Ungeborenen verfassungsrechtlich die gleiche Wertqualität zu wie dem Leben des existierenden Menschen.¹¹
- 7 **a) Beginn:** Als Zeitpunkt, mit dem der Lebensschutz durch die Tötungsdelikte beginnt, wird bis heute der Geburtsakt, dh das **Einsetzen der sog. Eröffnungswehen** angesehen,¹² im Falle des **Kaiserschnitts** die Öffnung des Uterus.¹³ Diese Ansicht kann sich auf den Wortlaut des Tatbestands der Kindstötung (§ 217 aF) stützen, der die Tathandlung auf das Lebensstadium „in oder gleich nach der Geburt“ bezog. Da mit der Aufhebung¹⁴ dieser Vorschrift keine Änderung der Phasen des Lebensschutzes bezweckt war, sieht sich die bislang hM aus guten Gründen nicht veranlasst, die tradierte Systematik aufzugeben.¹⁵ Vom Schutz umfasst werden soll damit auch der Geburtsvorgang als Stadium erhöhter Gefahr für das Kind.¹⁶ Vereinzelt Stimmen möchten den Schutz entweder **früher**¹⁷ oder umgekehrt **später** eingreifen lassen, etwa

7 BGHSt 2, 258; 13, 162 (165).

8 Zur Erläuterung vgl die Beispiele in § 2 Rn 52 ff.

9 Nach BGHSt 10, 291.

10 LK-Rosenau, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 15 ff.

11 BVerfGE 39, 1 (37); 88, 203 (251). Zu den sich insoweit ergebenden Diskrepanzen im Schutzzumfang wie auch im Strafmaß der §§ 211 ff einerseits und §§ 218 ff andererseits vgl NK-Neumann Vor § 211 Rn 2; zur Annahme unterschiedlicher Rechtsgüter M/S/M/H/M-Schroeder I § 6 Rn 8 ff.

12 Vgl BGHSt 32, 194 (195 f); BGH NSTZ 1983, 501; S/S-Eser/Sternberg-Lieben Vor § 211 Rn 13; Fischer, Vor §§ 211–217 Rn 5; Gössel/Dölling I § 2/14; Krüger medstra 2022, 29; Otto § 2 Rn 4; S/S/W-Momsen § 211 Rn 13; LK-Rosenau, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 6; vgl auch Hirsch Eser-FS 309 ff.; dagegen offengelassen in BGHSt 65, 163, 170.

13 BGHSt 65, 163, 172 mit zust. Anm. Krüger medstra 2022, 29; krit. dagegen zB Mitsch HRRS 2021, 297; Lorenz JR 2021, 335 (mit Vollendung der Geburt); Neumann StV 2021, 462 (erst bei Entnahme des Fötus aus der Gebärmutter).

14 Zum 1.4.1998 durch das 6. StrRG; vgl hierzu BT-Dr. 13/8587, 34; zur Problematik der Kindstötungen vgl Zabel HRRS 2010, 403 ff.

15 Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf § 2 Rn 85; Merkel, Früheuthanasie, 2001, 100 ff; HKGS-Wenkel Vor § 211 Rn 6 f; krit. NK-Paeffgen § 223 Rn 4; iE auch Küper GA 2001, 515 (534 ff) unter Bezugnahme auf § 218 I.

16 BGHSt 10, 291 (292); Krey/Hellmann/Heinrich I Rn 3; W/H/E-Engländer Rn 8; Lüttger JR 1971, 133 (134).

17 So der Vorschlag Gropp, GA 2000, 1 (17), den Lebensschutz *de lege ferenda* auf den Ablauf der 20. Woche (Beginn der extrauterinen Lebensfähigkeit) vorzuverlegen.

dann, wenn das Kind schon **zum Teil** den **Körper** der Mutter verlassen hat¹⁸ oder ggf erst mit der **Vollendung der Geburt**.¹⁹

In jedem Fall hängt der strafrechtliche Lebensschutz durch die Tötungsdelikte **nicht** von der **Überlebensfähigkeit** des Neugeborenen ab.²⁰ Soweit also ein Embryo – etwa in Folge einer Abtreibungshandlung – vorzeitig ausgestoßen wird, ist er bereits dann als Mensch anzusehen, wenn er, und sei es auch nur für kurze Zeit, unabhängig von der Mutter leben kann.²¹ In **Fall 1** hat daher E die tatbestandlichen Voraussetzungen eines Totschlags erfüllt.

b) Ende: Der Lebensschutz endet mit dem Eintritt des sog. Hirntods, dh einem irreversiblen Funktionsausfall des Gesamthirns.²² Das Lebensende setzt weder einen völligen Stillstand aller biologischen Lebensregungen (sog. Totaltod) noch ein Versagen der Herz- und Atmungstätigkeit (sog. Herztod) voraus.²³ Der Todesbegriff kann weder nur medizinisch-naturwissenschaftlich noch rein normativ bestimmt werden, sondern bemisst sich nach der Irreversibilität (und damit nicht mehr vorhandenen Beeinflussbarkeit) des Sterbevorgangs.²⁴ Das Problem der Sterbehilfe stellt sich nur vor Eintritt des Hirntods.²⁵ Für Organentnahmen gilt das Transplantationsgesetz, das auch besondere Straf- und Bußgeldvorschriften vorsieht.²⁶

2. Pränatale Eingriffe. Ob Eingriffe, die bereits während der Schwangerschaft vorgenommen werden, unter den Tatbestand der Tötungsdelikte fallen, hängt vom **Zeitpunkt** ab, an dem sich eine schädigende Handlung auf den **Embryo auszuwirken beginnt**. Dagegen sind weder der Zeitpunkt der Vornahme der Handlung als solcher noch der Zeitpunkt des Todeseintritts maßgeblich.²⁷ Dies ist vor allem bei fahrlässigen Handlungen bedeutsam, da die §§ 218 ff Vorsatzdelikte sind. Im Einzelnen ist wie folgt zu unterscheiden:

- **Wird während der Schwangerschaft** auf den Embryo eingewirkt, so ist nur § 218 einschlägig. Dies gilt auch dann, wenn durch den Eingriff die Fehlgeburt eines auf Dauer lebensunfähigen Kindes ausgelöst wird.²⁸ Allerdings muss dann der Tod noch durch den ursprünglichen Eingriff bedingt sein und darf nicht – wie in **Fall 1** – durch eine weitere, nachgeburtliche Handlung herbeigeführt werden.
- Findet die Einwirkung auf das Kind erst **nach Geburtsbeginn** statt, so sind die §§ 211 ff anzuwenden. Exemplarisch: Eine der Mutter vor der Geburt beigebrachte

18 NK-Neumann, Vor § 211 Rn 9.

19 So eine im Vordringen begriffene Literaturansicht; vgl. R. Herzberg/A.I. Herzberg JZ 2001, 1106 ff; Hoven medstra 2020, 65; Mitsch HRRS 2021, 297; Lorenz JR 2021, 335; mit diesem Zeitpunkt, dh mit dem vollständigen Austritt aus dem Mutterleib, ist der Mensch auch im Sinne des Zivilrechts rechtsfähig, vgl. Grüneberg/Ellenberger § 1 BGB Rn 2.

20 S/S-Eser/Sternberg-Lieben, Vor § 211 Rn 14; LK-Rosenau, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 10.

21 HM, vgl nur BGHSt 10, 291 (292); Fischer Vor §§ 211–217 Rn 5b; Geilen ZStW 103 (1991), 829 (836); krit. NK-Neumann Vor § 211 Rn 12.

22 Näher zur Entwicklung und Anwendung dieses Kriteriums NK-Neumann, Vor § 211 Rn 17 ff mwN; vgl auch § 3 II Nr. 2 TPG; Mitsch HdS IV § 1 Rn 10.

23 Näher S/S-Eser/Sternberg-Lieben, Vor § 211 Rn 19; Heyers Jura 2016, 709 (715); Kühl JA 2009, 321 (323); Merkel Jura 1999, 113 ff; S/S/W-Momsen § 211 Rn 15; Rengier II § 3/9; SK-Sinn § 212 Rn 6; krit. Tröndle Hirsch-FS 779 ff.

24 LK-Rosenau, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 18.

25 Näher hierzu § 3.

26 §§ 18 ff TPG.

27 BGHSt 31, 348 (351 ff); Küper GA 2001, 515 (518 f); NK-Neumann Vor § 211 Rn 14 mwN; krit. Gropp GA 2000, 1 ff; vgl auch SK-Sinn § 212 Rn 5.

28 BVerfG NJW 1988, 2945; BGHSt 31, 348 (352 f); OLG Karlsruhe NSTZ 1985, 314 (315); Hirsch JR 1985, 336.

Infektion wird erst nach der Geburt durch Körperkontakt auf das Kind mit Todesfolge übertragen.

- Führt der Eingriff schließlich zur Geburt eines (ggf auch nur kurzzeitig lebenden) Kindes, das sodann – wie in **Fall 1** – durch eine **weitere (nachgeburtliche) Einwirkung** getötet wird, so sind versuchte Abtreibung und Totschlag tatmehrheitlich verwirklicht.²⁹

B. Definitionen und Erläuterungen

I. Grundtatbestand des vorsätzlichen Totschlags (§ 212 Abs. 1)

- 11 **1. Überblick.** § 212 erfasst die vorsätzliche Tötung eines anderen Menschen. Die Vorschrift ist ein reines Erfolgsdelikt. Die Merkmale „Totschläger“ und „ohne Mörder zu sein“ beruhen rechtshistorisch auf einer überholten Tätertypenlehre, sind heute ohne jegliche Bedeutung³⁰ und bedürfen im Gutachten keiner Prüfung.
- 12 **2. Objektiver Tatbestand.** a) **Tatobjekt:** Der objektive Tatbestand verlangt die Tötung eines Menschen. Nach Sinn und Zweck der Vorschrift ist mit dem Merkmal „einen Menschen“ gemeint, dass das Opfer eine **andere Person** als der Täter sein muss.³¹ In einer im Zeitalter der Aufklärung begründeten deutschen Rechtstradition ist die Selbsttötung seit dem Reichsstrafgesetzbuch von 1871 prinzipiell³² nicht strafbar, mag dies auch im Wortlaut des § 212 so nicht zum Ausdruck kommen.³³
- 13 **b) Tathandlung:** Unter „töten“ ist (im Falle aktiven Verhaltens) die dem Täter objektiv zurechenbare Verursachung des Todeserfolgs zu verstehen. Unerheblich ist dabei, ob das Leben eines Gesunden oder Moribunden verkürzt wird bzw der Todeseintritt nur um eine geringe Zeitspanne beschleunigt wird.³⁴ Die Haftung für ein Unterlassen setzt voraus, dass der Täter den Eintritt des Todeserfolgs entgegen seiner Garantenpflicht nicht verhindert hat.³⁵
- 14 **3. Subjektiver Tatbestand.** Die subjektive Tatseite erfordert Vorsatz. Große praktische Bedeutung hat hierbei die Abgrenzung zwischen (bedingtem) Vorsatz und Fahrlässigkeit (§ 222), zumal die Rechtsprechung bis 2012 für den Tötungsvorsatz die Überwindung einer (hohen) Hemmschwelle verlangte.³⁶ Seit der Kehrtwende im Jahre

29 BGHSt 13, 21; W/H//E-Engländer Rn 197; NK-Neumann Vor § 211 Rn 14; SK-Rogall § 218 Rn 44; abw. BGHSt 10, 291 (293 f): tateinheitliche Vollendung beider Delikte.

30 Näher dazu oben Rn 3.

31 Ganz hM, vgl nur NK-Neumann Vor § 211 Rn 37 mwN.

32 Zum (verfassungswidrigen) Straftatbestand der assistierten Suizidbegleitung (§ 217 StGB) näher § 4 Rn 7 ff.

33 Näher hierzu § 5 Rn 1 ff. sowie zur Geschichte *Saliger*, medstra 2015, 132.

34 BGHSt 21, 59 (61); 42, 301 (305); S/S-Eser/Sternberg-Lieben, § 212 Rn 3.

35 Zur objektiven Zurechnung und zu den Unterlassungsdelikten vgl *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 11/1 ff und § 36/1 ff; zur Manipulation der Zuteilungsreihenfolge eines Spenderorgans OLG Braunschweig StV 2013, 749 ff m. Anm. *Bülte*; *Böse* JZS 2014, 117 ff; *Rissing-van Saan* NSTZ 2014, 233 (239); *Schroth/Hofmann* NSTZ 2014, 786 ff; vgl auch *Haas* HRRS 2016, 384 ff.

36 Beispielhafte Fälle: BGHSt 36, 1 (ungeschützte Sexualkontakte eines Aidsinfizierten); BGH NSTZ-RR 1996, 97 (Durchbrechen einer Polizeisperre mit Pkw); NSTZ 2002, 315 (Ableinen eines bissigen Hundes); NJW 2006, 386 ff (heftige Schläge gegen den Kopf eines Kleinkindes); NSTZ 2006, 446 (Durchschneiden der Bremsschläuche eines KFZ); NSTZ 2007, 150 f (lebensgefährliche Gewalthandlungen; dazu auch *Edelbauer* JA 2008, 725); NSTZ 2007, 331 f (Messerstich in die Herzgegend); NSTZ 2009, 629 ff m. Bespr. *Jahn* JuS 2009, 956 ff (Ablehnung des Tötungsvorsatzes bei Stich mit einer Scherbe in den Hals); Überblick bei *Steinberg* JZ 2010, 712 ff und *Trück* NSTZ 2005, 233 ff; vgl zum Tötungsvorsatz bei Ärzten *Krüger* HRRS 2016, 148 ff.

2012³⁷ lässt der BGH in neueren Entscheidungen – unter weitgehendem Beifall des Schrifttums³⁸ – eine zwar nicht vollständige, aber doch teilweise Abkehr von dem Hemmschwellenkriterium bei besonders brutalen Vorgehensweisen erkennen und sieht hierin (nur noch) einen bloßen Hinweis auf die Bedeutung des Grundsatzes der freien Beweiswürdigung bei der richterlichen Überzeugungsbildung, § 261 StPO. Das Hemmschwellenerfordernis dürfe die indizielle Aussagekraft von offensichtlich lebensgefährdenden Handlungen, die auf einen Tötungsvorsatz hinweisen, nicht relativieren oder in Frage stellen.³⁹

II. Besonders schwerer Fall (§ 212 Abs. 2)

Von einem besonders schweren Fall des Totschlags im Sinne von § 212 Abs. 2 ist insbesondere auszugehen, wenn die Tat ihrem Unrechts- und Schuldgehalt nach einem Mord entspricht, ohne dass ein Mordmerkmal erfüllt ist. § 212 Abs. 2 darf aber kein Auffangtatbestand für Umstände sein, die für die Bejahung der Mordmerkmale noch nicht ausreichen, da andernfalls die Voraussetzungen des § 211 unterlaufen werden.⁴⁰ Das „Minus“, welches sich im Zurückbleiben des Tötungsdelikts hinter den Mordmerkmalen zeigt, muss daher durch ein „Plus an Verwerflichkeit“ ausgeglichen werden.⁴¹ Einen besonders schweren Fall soll etwa eine hinrichtungsähnliche Bluttat bilden.⁴² Die Regelung zum besonders schweren Fall des Totschlags mit lebenslanger Freiheitsstrafe ist verfassungsrechtlich unter Bestimmtheitsgesichtspunkten problematisch⁴³ und praktisch weitgehend bedeutungslos: Eine lebenslange Freiheitsstrafe wird nahezu ausschließlich bei Mord verhängt.

Abs. 2 normiert eine **Strafzumessungsregel**, deren Anwendung auch die Berücksichtigung der Täterpersönlichkeit erfordert. Im studentischen **Gutachten** ist daher auf die Vorschrift mangels entsprechender Anhaltspunkte grds. nicht einzugehen.

III. Minder schwerer Fall (§ 213)

1. **Überblick.** Die Vorschrift formuliert einen **teilweise benannten Strafmilderungsgrund**. Die Vorschrift gilt – schon wegen ihres Wortlauts – nach hM nicht für § 211.⁴⁴

2. **Zornaffekt (1. Var.).** Die erste Tatvariante verlangt, dass der Zorn des Täters aufgrund der Provokation – einer Misshandlung⁴⁵ oder schwere Beleidigung der eigenen Person oder eines Angehörigen – verständlich erscheint (sog. **berechtigter Zorn**).⁴⁶ Die

37 BGHSt 57, 183 m. zust. Anm. *Jahn* JuS 2012, 757 ff; *Leitmeier* NJW 2012, 2850 ff, *Puppe* JR 2012, 477 ff; *Trück* JZ 2013, 179 ff; krit. *Fahl* JuS 2013, 499 ff.

38 NK-Neumann, § 212 Rn 19; MK-Schneider, § 212 Rn 75 ff.; S/S/W-Momsen, § 212 Rn 12.

39 BGHSt 57, 183 (4. Strafsenat); BGH NSTz 2018, 206 (1. Strafsenat); BGH NSTz 2019, 208 (5. Strafsenat).

40 SK-Sinn, § 212 Rn 73; S/S/W-Momsen, § 212 Rn 16, spricht insoweit zu Recht von einem „grundlegenden Dilemma“ des § 212.

41 BGH StV 2022, 96.

42 BGH bei *Holtz* MDR 1977, 637 (638); zu Einzelheiten vgl. *Köhne* Jura 2011, 741; *Momsen* NSTz 1998, 487.

43 BeckOK-Eschelbach, 57. Ed., § 212 Rn 58; für eine Konkretisierung anhand von Regelbeispielen *Ahle*, Der besonders schwere Fall des Totschlags, 2020, 308; die Verfassungskonformität freilich bejahend BGH JR 1979, 28 m. krit. Bespr. *Bruhns*.

44 BGHSt 2, 258; 30, 105 (118); S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 213 Rn 3; bzgl. § 213 Alt. 1 abw. *Neumann Eser-FS* 431 ff; *Zwiehoff*, Die provozierte Tötung, 2001, 39.

45 Darunter fallen auch seelische Misshandlungen; vgl. BGH NSTz-RR 2021, 280.

46 Vgl. BGH StV 1983, 198.

hierfür erforderliche **Schwere** der Kränkung ist nach objektiven, auf den Lebenskreis der Beteiligten bezogenen Kriterien zu bemessen.⁴⁷

- 19 Das Merkmal „**zum Zorn gereizt**“ wird weit ausgelegt; neben Affekten i.e.S. wird ihm auch ein Handeln aus Wut oder Empörung subsumiert.⁴⁸ „**Ohne eigene Schuld**“ setzt voraus, dass der Täter die Provokation nicht in vorwerfbarer (dh ihm objektiv zurechenbarer) Weise veranlasst hat.⁴⁹ „**Auf der Stelle**“ ist der Täter „**zur Tat hingerissen worden**“, wenn die Tat noch als maßgeblich durch die Provokation beeinflusst erscheint. Hierfür ist ein motivationspsychologischer, aber kein unmittelbarer zeitlicher Zusammenhang erforderlich.⁵⁰ Auf die Provokation ist der Totschlag insbesondere dann nicht mehr zurückführbar, wenn der Täter aus anderen Gründen zur Tatbegehung veranlasst wurde.
- 20 Eine Strafmilderung nach der ersten Tatvariante setzt voraus, dass die genannten Umstände auch **objektiv gegeben** sind.⁵¹ Die Strafrahmenermilderung ist, anders als bei der zweiten Tatvariante, nach h.M. zwingend vorgeschrieben.⁵² Bei einem Irrtum des Täters kommt nur ein unbenannter Strafmilderungsgrund in Betracht.
- 21 **3. Unbenannter Strafmilderungsgrund (Var. 2).** Ein unbenannter, sonst minder schwerer Fall nach Var. 2 ist anzunehmen, wenn nach dem Gesamteindruck von Tat und Täter und bei Abwägung aller be- und entlastenden Umstände der Regelstrafrahmen des § 212 unangemessen hart erscheint.⁵³ Insbesondere die Tötung eines nichtehelichen Kindes unmittelbar nach der Geburt, die bis 1998 in dem – durch das 6. StRG leider abgeschafften – Tatbestand der **Kindstötung** (§ 217 a.F.) privilegiert wurde,⁵⁴ oder eine Tötung im Grenzbereich der Notwehr kann unter § 213 Var. 2 fallen.⁵⁵ Im studentischen **Gutachten** sind freilich diese Voraussetzungen jedoch mangels ausreichender Anhaltspunkte für die erforderliche Würdigung der Täterpersönlichkeit grds. nicht zu prüfen.

IV. Fahrlässige Tötung (§ 222)

- 22 Wegen fahrlässiger Tötung nach § 222 ist strafbar, wer den Tod des Opfers durch Begehen verursacht oder als Garant durch pflichtwidriges Unterlassen (§ 13) nicht abgewendet hat,⁵⁶ obgleich er bei Aufbietung der erforderlichen Sorgfalt den Todeserfolg hätte vermeiden bzw. verhindern können. 90 % der fahrlässigen Tötungen werden im Straßenverkehr begangen; insofern ist § 222 fast schon ein Massendelikt.⁵⁷ In diesem Bereich spielt die seit 1974 enthaltene Möglichkeit der Verhängung einer Geldstrafe eine besonders große Rolle. § 222 wirft vor allem Fragen aus dem **Allgemeinen Teil**

47 BGH StV 1990, 204; 2011, 368; NSTz 2015, 218 f; 582 ff; Gössel/Dölling I § 3/11.

48 Vgl. zB BGH NSTz 1982, 27; 2001, 477.

49 Vgl. dazu BGH NSTz-RR 2003, 166 (168).

50 Vgl. BGH NSTz 1995, 83; W/H/E-Engländer Rn 36; L-Kühl/Heger § 213 Rn 6.

51 BGHSt 1, 203.

52 BGHSt 25, 222; BeckOK-Eschelbach § 213 Rn 5; NK-Neumann/Saliger § 213 Rn 7; dagegen für eine Gesamtwürdigung SK-Sinn § 213 Rn 11; S/S-Sternberg-Lieben § 213 Rn 12 a.

53 Näher BGH NSTz-RR 2002, 140; vgl. auch BGH NSTz-RR 2006, 270 (271).

54 BGH NSTz-RR 2004, 80; 2018, 14. Dies hat auch der Gesetzgeber so vorgesehen; vgl. NK-Neumann/Saliger § 213 Rn 23; beachte aber Schweiger medstra 2022, 374; Lorenz medstra 2022, 370.

55 BGH NSTz 2015, 151.

56 Zum Problem der fahrlässigen Teilnahme an Suizid und Selbstgefährdung vgl. § 4 Rn 6.

57 S/S/W-Momsen § 222 Rn 1.

des StGB auf (Kausalität, objektive Zurechnung, Sorgfaltspflichtverletzung, Vorhersehbarkeit), so dass insoweit auf die einschlägige AT-Literatur verwiesen werden kann.⁵⁸

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

- > In welchem gesetzessystematischen Verhältnis stehen die Vorschriften der §§ 211, 212 und 216 zueinander? (Rn 2 ff)
- > Wann beginnt, wann endet der strafrechtliche Schutz des Lebens? (Rn 7 f, 9)
- > Wonach entscheidet sich, ob ein pränataler Eingriff als Tötungsdelikt anzusehen ist? (Rn 10)

⁵⁸ Näher zu Begriff, Aufbau und Voraussetzungen des Fahrlässigkeitsdelikts *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 33/1 ff; *Kindhäuser/Hilgendorf* LPK § 15 Rn 36 ff.

§ 2 Mord (§ 211)

A. Allgemeines

I. Grund

- 1 Der Tatbestand des Mordes nennt kasuistisch die Bedingungen, unter denen ein Totschlag als sozialetisch besonders verwerflich gilt.¹ Das RGStGB von 1871 hatte auf das römisch-rechtliche Kriterium der Tatausführung mit Überlegung als Mordmerkmal abgestellt, wie es bereits in der *Constitutio Criminalis Carolina* (1532) enthalten war² und bis heute in zahlreichen Rechtsordnungen maßgeblich ist (zB im Common Law Englands oder im französischen *code penal*).³ Mit der Neufassung des Tatbestands im Jahre 1941⁴ wurde dieses psychologische Mordmerkmal durch drei bis heute geltende Gruppen von Mordmerkmalen ersetzt: Zwei Gruppen orientieren sich an der **besonderen Verwerflichkeit** der Tötungsmotivation (1. und 3. Gruppe des § 211 Abs. 2). Die zweite Gruppe stellt eher auf die Verwerflichkeit ab, die in der **besonderen Gefährlichkeit** der vom Täter gewählten **Tatmodalitäten** begründet liegt (2. Gruppe des § 211 Abs. 2). Insoweit nimmt der Tatbestand die deutsch-rechtliche Entwicklungslinie auf, die den Strafschärfungsgrund in der durch Unehrlichkeit und Heimlichkeit geprägten Verwerflichkeit der Tatbegehung sah.⁵
- 2 Die **nationalsozialistische normative Tätertypenlehre**, die sich in der bis heute vorhandenen Einbeziehung des Begriffs „Mörder“ in § 211 Abs. 1 und des „Totschlägers“ in § 212 Abs. 1 widerspiegelt, konnte insofern im Einzelfall eine entweder strafbarkeitseinschränkende oder -ausdehnende Funktion besitzen: Wer ein Mordmerkmal des § 211 erfüllte, wurde nicht zwangsläufig wegen Mordes bestraft. Vielmehr musste er zusätzlich einem besonderen kriminologischen Typus, dem im „Volksbewusstsein“ lebendigen Leitbilds des Mörders entsprechen.⁶ Umgekehrt konnten aber auch vom Wortlaut nicht erfasste Taten als Mord bestraft werden, wenn die handelnde Person dem Typ eines Mörders entsprach.⁷ Obwohl § 211 Abs. 1 seit 1941 bis heute unverändert gilt, ist diese Tätertypenlehre kriminologisch überholt und wegen ihrer totalitären Wurzeln obsolet, wie man auch seit 1945 in der praktischen Rechtsanwendung keine Tätertypenprüfung und -korrektur mehr vornimmt.⁸ Der nationalsozialistische § 211 enthielt noch einen **minder schweren Fall des Mordes** (statt Todesstrafe lebenslange Freiheitsstrafe), der 1953 abgeschafft wurde, da unter dem Grundgesetz und der EMRK ohnehin keine Todesstrafe mehr verhängt werden darf. Es ist aber ein bis heute **schwerwiegender Gerechtigkeitsmangel** des Gesetzes, dass § 211 keinen minder schweren Fall des Mordes, dh keine strafzumessungsrechtliche Ausnahmenvorschrift für Härtefälle und sonstige einzelfallgerechte Lösungen enthält, mag auch die Rechtsprechung

1 S/S-Eser/Sternberg-Lieben, Vor § 211 Rn 4; Köhler GA 1980, 121 ff; teils wird auch mehr die besondere Gefährlichkeit (Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf § 2/21), teils mehr das Missverhältnis von Zweck und Mittel (Schroeder JuS 1984, 275 [277]) betont; vgl umfassend zu den Grundlagen der erhöhten Verwerflichkeit einer Tötung Hauck HRRS 2016, 230 ff.

2 Vgl auch Art. 137 *Constitutio Criminalis Carolina* (CCC) von 1532; vgl auch Hauck HRRS 2016, 236 ff.

3 Vgl Mitsch/Giraud, ZJS 2013, 567.

4 RGBI I, 549.

5 Näher Thomas, Die Geschichte des Mordparagraphen, 1985; Überblick bei M/S/M/H/M-Hoyer I § 2 Rn/1 ff; vgl zu einer möglichen Reform der Tötungsdelikte Deckers/Fischer/König/Bernsmann NSTz 2014, 9 ff; Hauck HRRS 2016, 230 ff; Mitsch JR 2015, 122 ff; Walter NSTz 2014, 368 ff.

6 Vgl dazu Küper JZ 1991, 910, 912.

7 Lehrreich Küper JZ 1991, 910, 912.

8 LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 119.

über die sog. Rechtsfolgenlösung⁹ praeter legem einen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden haben. Eine vom damaligen Bundesjustizminister Maas (SPD) angestoßene, von einer Expertenkommission¹⁰ begleitete **Reform** der Tötungsdelikte **scheiterte** 2016 sowohl an dem **Fehlen eines** übergreifenden rechtspolitischen **Konsenses im Parlament** (keine Zustimmung der Regierungspartei CDU)¹¹ als auch an den streckenweise deutlich divergierenden, **uneinheitlichen** Lösungsansätzen der **Rechtswissenschaft**, die dem Gesetzgeber offenbar **keine Orientierung** geben konnten.¹² So ist auf absehbare Zeit keine Reform der §§ 211, 212 zu erwarten.¹³

II. Drei Fallgruppen

Die den Mord kennzeichnende sozialetische Verwerflichkeit eines Totschlags liegt insbesondere darin, dass der Täter zur Verfolgung seines Ziels das Leben anderer instrumentalisiert.¹⁴ Diese Verwerflichkeit wird in drei Fallgruppen konkretisiert:

- durch das **Motiv** (1. Gruppe: Mordlust, Befriedigung des Geschlechtstriebes, Habgier oder sonstige niedrige Beweggründe),
- die gefährliche oder unmenschliche Art der **Tatausführung** (2. Gruppe: heimtückisch, grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln) und
- die deliktische **Zielsetzung** (3. Gruppe: Ermöglichung oder Verdeckung einer Straftat).

Die Merkmale der 1. und 3. Gruppe sind täterbezogene (besondere persönliche) Unrechtsmerkmale des subjektiven Tatbestands;¹⁵ im Falle einer Beteiligung ist § 28 anzuwenden.¹⁶ Demgegenüber sind die Merkmale der 2. Gruppe tatbezogene Merkmale des objektiven Tatbestands.

III. Sanktion

Der Mordtatbestand sieht als Sanktion ausschließlich lebenslange Freiheitsstrafe vor.¹⁷ Durch diese **absolute Strafdrohung** darf jedoch das Prinzip, dass die Strafe in einem gerechten Verhältnis zur Schwere der Tat und zum Maß der Schuld stehen muss, nicht umgangen werden.¹⁸ Deshalb darf nach den Vorgaben des BVerfG auch bei der Verwirklichung von Mordmerkmalen keine unverhältnismäßig hohe und nicht mehr schuldangemessene Strafe verhängt werden.¹⁹ Besondere Schwierigkeiten werfen die Merkmale der **Heimtücke** und der Verdeckungsabsicht auf. Die sich damit stellende Aufgabe, bei der Gesetzesanwendung dem verfassungsrechtlichen Schuld- und Verhält-

⁹ Unten Rn 6.

¹⁰ Vgl den Abschlussbericht der Expertengruppe zur Reform der Tötungsdelikte (§§ 211–213, 57a StGB), abrufbar im Internet unter www.bmj.de.

¹¹ Der Spiegel, 21/2016, S. 22.

¹² Zum vorgelegten Referentenwurf vgl NK-Neumann, Vor § 211 Rn 169–170.

¹³ Mitsch HdS IV § 1 Rn 2, 14.

¹⁴ Vgl auch NK-Neumann, Vor § 211 Rn 152.

¹⁵ Vgl BGHSt 1, 368 (371); 22, 375 (377); Paeffgen GA 1982, 255; abw. Köhler JuS 1984, 762 (763): Schuldmerkmale.

¹⁶ Näher hierzu unten Rn 52 ff.

¹⁷ Nunmehr relativiert durch § 57a; vgl auch BVerfGE 45, 187; 86, 288.

¹⁸ Vgl NK-Saliger § 211 Rn 1.

¹⁹ BVerfGE 45, 187 (259 ff); 54, 100 (109); Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 211 bei Mitsch JZ 2008, 336 ff.

nismäßigkeitsprinzip hinreichend Rechnung zu tragen, wird in Rechtsprechung und Schrifttum unterschiedlich gelöst:

- 6 ■ Die Rechtsprechung vertritt – vor allem in Ausnahmekonstellationen innerhalb des **Heimtückemordes** – eine **Rechtsfolgenlösung**, der zufolge die Strafe nach § 49 Abs. 1 Nr. 1 zu mildern ist, wenn aufgrund „außergewöhnlicher Umstände“ die Verhängung einer lebenslangen Freiheitsstrafe „als unverhältnismäßig erscheint“.²⁰ Als solche außergewöhnlichen Umstände kommen zB in Betracht: eine notstandsnahе Tatsituation, tiefes Mitleid, große Verzweiflung, eine längere, schwere Kränkung oder auch ein vom Opfer zu verantwortender Konflikt.²¹ Hierbei gilt ein strenger Maßstab.²² Diese Lösung wird jedoch im Schrifttum zu Recht unter Berufung auf die Verfassung weitgehend abgelehnt, da sie im Gesetz keine Grundlage finde.²³ Sie ist aber auch von ihrem eigenen Ansatz her problematisch, da eine Milderung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach § 49 Abs. 1 Nr. 1 zu einer Mindeststrafandrohung von drei Jahren führt, die – unter Umgehung von § 213 – deutlich unter derjenigen des Totschlags nach § 212 (fünf Jahre) liegt. Außerdem ist der Rückgriff auf „außergewöhnliche Umstände“ vage. Ungeklärt bleibt auch, warum die Strafmilderung nur sehr eng begrenzt bei der Heimtücke, nicht aber bei anderen Mordmerkmalen zum Zuge kommen darf.²⁴
- 7 ■ In der Literatur wird teils eine **Typenkorrektur** befürwortet, die eine Verurteilung nur zulassen will, wenn die Tatbestandsverwirklichung unter Berücksichtigung aller Umstände als sozialethisch besonders verwerflich erscheint. Eine Variante dieser Lehre verlangt den positiven Nachweis besonderer Verwerflichkeit (sog. positive Typenkorrektur);²⁵ überwiegend wird jedoch nur gefordert, dass § 211 nicht eingreift, wenn aufgrund besonderer Umstände die Verwerflichkeit der Tat trotz eines verwirklichten Mordmerkmals zu verneinen ist (sog. negative Typenkorrektur).²⁶ Nach beiden Auffassungen kommt den Mordmerkmalen also nur eine indizielle Bedeutung zu. Eine solche Lösung ist jedoch kaum mit dem Prinzip der Tatbestandsbestimmtheit zu vereinbaren, da sie an die Stelle regelgebundenen Entscheidens einen moralischen Wertungsakt des Richters setzt.²⁷
- 8 ■ Als überzeugender Ausweg aus der momentanen Gesetzeslage bleibt – bis zu einer Reform der Tötungsdelikte – letztlich nur die von der hL befürwortete möglichst **restriktive Auslegung** der einzelnen Mordmerkmale²⁸ in strenger Ausrichtung an den Leitprinzipien besonderer Verwerflichkeit.

20 BGHSt 30, 105; BGH JZ 1983, 967 m. Anm. Hassemer; Reichenbach Jura 2009, 176 ff; offen haltend, ob diese Lösung auch für andere Merkmale als das der Heimtücke gilt BGH NSTz 2016, 469 (470) m. Anm. Hinz JR 2016, 576 ff.

21 Vgl BGH NSTz 1995, 231; verneinend bei Habgier BGH NJW 1997, 807.

22 BGH NSTz 2021, 105.

23 Günther NJW 1982, 353; Hirsch Tröndle-FS 19 (28 ff); Küper JuS 2000, 740 (746); Mitsch JuS 1996, 121 f; Müller-Dietz Nishihara-FS 248 (254 ff); zust. Frommel StV 1982, 533; Rengier NSTz 1982, 225 (226 f); MK-Schneider § 211 Rn 44 ff; Weigend Hirsch-FS 917 (920).

24 BeckOK-Eschelbach § 211 Rn 127.

25 Lange Schröder-GS 217 (218 ff).

26 S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 211 Rn 10; Geilen JR 1980, 309; Saliger ZStW 109 (1997), 302 (332 ff); SK-Sinn § 211 Rn 6 ff, jew. mwN.

27 NK-Neumann, Vor § 211 Rn 160. Zur Kritik vgl auch Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf § 2 Rn 15; LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 125 ff; abl. auch BGHSt 30, 105 (115); 41, 358 (361).

28 W/H/E-Engländer Rn 38; Müller-Dietz Nishihara-FS 248 (251); NK-Saliger § 211 Rn 1; SK-Sinn § 211 Rn 8; umf. Nachweise zur Heimtücke bei Küper/Zopfs 333 ff; vgl Krey/Hellmann/Heinrich I Rn 70 ff m. einer ausführlichen Darstellung.

IV. Unterlassen

Der Mordtatbestand kann grds. auch durch Unterlassen verwirklicht werden, sofern beide zentralen Voraussetzungen des § 13 – rechtliche Einstandspflicht und Entsprechung von Tun und Unterlassen – erfüllt sind.²⁹ Dies kann etwa bei den niedrigen Beweggründen und der Grausamkeit, nicht aber bei der Heimtücke der Fall sein, da bei ihr eine Modalitätenäquivalenz kaum vorstellbar erscheint.³⁰

9

B. Definitionen und Erläuterungen

I. Mordmerkmale der 1. Gruppe

1. Mordlust

► **Fall 1:** A hielt sich abends in einer fast menschenleeren Bahnhofshalle auf. Er erinnerte sich an einen Zeitschriftenartikel, in dem über die Tötung einer alten Frau durch zwei Jugendliche berichtet worden war. In diesem Augenblick ging die 21-jährige W an ihm vorbei zur Toilette. Als er W sah, entschloss er sich, sie zu töten. Hierbei ließ er sich ausschließlich von dem Willen leiten, einen Menschen vom Leben zum Tode zu befördern. Er wartete einen Augenblick und ging dann ebenfalls die Treppe zur Toilette hinunter. In der Damentoyilette packte er die am Waschbecken stehende W mit beiden Händen fest am Hals, um sie zu erwürgen. Der W gelang es jedoch, den Angriff abzuwehren und zu entkommen.³¹ ◀

■ Aus **Mordlust** tötet, wem es in erster Linie darauf ankommt, einen Menschen sterben zu sehen.³²

10

Typisch ist ein Handeln aus Freude an der Vernichtung eines Menschenlebens,³³ aus Neugier, Langeweile, Angeberei oder Mutwillen, zum Nervenkitzel, vor allem aber ohne einen (in der Person des Opfers oder der Situation liegenden) Tatanlass.³⁴ Im Regelfall ist das Opfer für den Täter beliebig austauschbar. Besondere Lustgefühle braucht der Täter nicht zu verspüren.³⁵ Beispielhaft ist die Situation in **Fall 1**, in der A ohne irgendeinen in der Person des Opfers liegenden Grund nur um des Tötens willen versuchte, die W zu erwürgen. Hieran zeigt sich die für Mordlust typische, vom individuellen Opfer losgelöste Missachtung fremden Lebens.

11

2. Befriedigung des Geschlechtstriebes

► **Fall 2:** Angeregt durch einen Film, fasste B den Plan, an einsamer Stelle ein Mädchen „still“ zu machen und mit der Bewusstlosen dann geschlechtlich zu verkehren. Er steckte ein Beil ein, schlug im Dunkeln eine Rad fahrende Frau nieder, schleppte die Bewusstlose beiseite, tötete sie mit weiteren kräftigen Beilschlägen und befriedigte sich sodann an der Leiche.³⁶ ◀

29 BGHSt 19, 167; S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 211 Rn 3; einschr. Arzt Roxin-FS I 855 ff; ausf. zur Problematik *Rauber*, Mord durch Unterlassen?, 2008.

30 SK-Sinn § 211 Rn 51.

31 BGHSt 34, 59.

32 BGHSt 34, 59 (61); BGH NJW 2002, 382 (384); Otto § 4/5.

33 BGHSt 34, 59; BGH NJW 1953, 1440; BGH NStZ 2008, 94.

34 Vgl BGH NStZ 1994, 239; Otto § 4/5; zu weitgehend BGHSt 47, 128 (133), der bereits das bloße Fehlen eines Motivs ausreichen lässt; ausf. Kühl JA 2009, 566 f.

35 MK-Schneider, § 211 Rn 50.

36 BGHSt 7, 353.

- 12 ■ Zur **Befriedigung des Geschlechtstrieb**s tötet, wer sich durch den Tötungsakt als solchen oder an der Leiche sexuelle Befriedigung verschaffen will oder mit dem Tod des Opfers bei einer Vergewaltigung rechnet.³⁷
- 13 Die Verwerflichkeit dieser Mordart liegt darin, dass das Leben eines Menschen der Befriedigung des Sexualtriebs untergeordnet wird und auch eine besondere Gefährlichkeit des Täters zum Ausdruck kommt. Die Norm ist verfassungskonform.³⁸ – Von dieser Tatvariante werden neben dem eigentlichen Lustmord und sexuell motivierten Kannibalismus³⁹ auch – wie in **Fall 2** – der sexuelle Missbrauch der Leiche und die Vergewaltigung mit bedingtem Tötungsvorsatz umfasst. Nach der Rechtsprechung reicht es aus, wenn der Täter erst bei der späteren Betrachtung des Videos vom Tötungsakt und Umgang mit der Leiche Befriedigung finden will; in diesem Fall ist auch ein unmittelbarer zeitlich-räumlicher Zusammenhang zwischen der Tötung und der bezweckten Triebbefriedigung nicht erforderlich.⁴⁰

Die Person, auf die sich das sexuelle Begehren bezieht, muss mit dem Tötungsoffer identisch sein.⁴¹ Ob der Täter die angestrebte sexuelle Befriedigung erreicht, spielt keine Rolle. Jedoch ist es keine Tötung zur Befriedigung des Geschlechtstrieb, wenn das Handeln nur der Erregung sexueller Lust dient oder der Wut über die Verweigerung des Geschlechtsverkehrs entspringt.⁴² In diesen Fällen kann aber ein „sonstiger niedriger Beweggrund“ gegeben sein. Gleichmaßen nicht einschlägig ist die Tötung des Opfers, um so die sexuelle Nötigung eines Dritten zu ermöglichen. Hier kann eine Ermöglichungsabsicht im Sinne der 3. Fallgruppe vorliegen.

3. Habgier

- **Fall 3:** C, der dringend Bargeld benötigt, beobachtet, wie die Rentnerin R an einem Bankautomaten 100 Euro abhebt. Um an das Geld zu kommen, verfolgt er sie und schlägt sie in einem Park mit einem herumliegenden Knüppel nieder. Hierbei geht er zutreffend davon aus, dass sich R tödliche Verletzungen zuziehen werde. ◀
- 14 ■ Unter **Habgier** ist ein rücksichtsloses Streben nach materiellen Gütern zu verstehen, also ein Gewinnstreben „um jeden Preis“.⁴³
- 15 Dem Täter muss es in erster Linie um die Erlangung eines wirtschaftlichen Vorteils gehen, wobei zumindest die Aussicht auf diesen Gewinn unmittelbar durch den Tod begründet werden muss.⁴⁴ Exemplarisch: der sog. Raubmord⁴⁵ (**Fall 3**), die Tötung gegen Entgelt⁴⁶ oder um der Erlangung einer Lebensversicherung oder Erbschaft wil-

37 BGHSt 7, 353; 19, 101 (105); BGH NJW 1982, 2565; Kühl JA 2009, 566 (568).

38 BVerfG NJW 2009, 1061.

39 BGH JR 2018, 585 m. krit. Bespr. Hinz; BGH NJW 2019, 449 m. abl. Bespr. Kudlich.

40 BGHSt 50, 80 ff m. krit. Anm. Otto JZ 2005, 799 f; abl. Kreuzer MschrKrim 2005, 412 (422 f); Schiemann NJW 2005, 2350 ff.

41 BGH GA 1963, 84; Mitsch JuS 1996, 121 (123); Otto § 4/10; Rengier II § 4/23; M/R-Safferling Rn 13; aA M/S/M/H/M-Hoyer I § 2/32.

42 S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 211 Rn 16; LK-Rissing-van Saan/Zimmermann, 12. Aufl., § 211 Rn 15; NK-Saliger § 211 Rn 11.

43 BGHSt 10, 399; 29, 317 (318); BGH NStZ 1993, 385; NJW 1995, 2365 (2366); 2001, 763; näher Köhne Jura 2008, 805 ff; Kühl JA 2009, 566 (570 ff).

44 BGH NJW 1993, 1664; 2001, 763.

45 BGHSt 39, 159 (160).

46 BGH NJW 1993, 1664 (1665); NStZ 2006, 34 (35).

len.⁴⁷ Darunter soll es sogar fallen, wenn der Täter deshalb einen anderen umbringen möchte, um mit der verhängten Freiheitsstrafe eine Unterkunft und Verpflegung in einem Gefängnis zu erhalten.⁴⁸ Eine hemmungslose Eigensucht in diesem Sinne kann auch bei Taten im Affekt gegeben sein.⁴⁹ Der Gewinn braucht – wie in **Fall 3** – nicht beträchtlich zu sein.⁵⁰ Er kann auch in der Ersparung von Aufwendungen, etwa der Befreiung von einer Unterhaltspflicht,⁵¹ liegen. Ohne Belang ist zudem, ob der Täter einen Anspruch auf die Leistung hat.⁵² Das Vorliegen einer notstandsähnlichen wirtschaftlichen Notlage kann der Annahme von Habgier entgegenstehen.⁵³ Auch kommt es einem drogenabhängigen Täter nicht in der erforderlichen Weise gerade auf den wirtschaftlichen Wert der Beute an, wenn er in den Besitz einer Rauschgift dosis zum Eigenkonsum gelangen will.⁵⁴

4. Sonstige niedrige Beweggründe

► **Fall 4:** D wird steckbrieflich wegen eines von ihm begangenen Verbrechens gesucht. Um sich eine neue Identität zu verschaffen, tötet er den alleinlebenden und ihm sehr ähnlich sehenden O, um sich dessen Papiere anzueignen. ◀

■ **Sonstige niedrige Beweggründe** sind Motive, die als besonders verwerflich erscheinen. 16

Nach der weithin anerkannten Formulierung des BGH sind dies Motive, die nach allgemeiner sittlicher Wertung auf tiefster Stufe stehen, durch hemmungslose, triebhafte Eigensucht bestimmt und deshalb besonders verwerflich, ja verächtlich sind.⁵⁵ 17

Erforderlich ist eine **Gesamtwürdigung** aller äußeren und inneren für die Handlungsantriebe des Täters maßgeblichen Faktoren;⁵⁶ für die Bewertung sind u.a. die Umstände der Tat, die Lebensverhältnisse des Täters und vor allem das Missverhältnis zwischen Tatanlass und -zweck maßgeblich.⁵⁷ Im Wesentlichen lassen sich die niedrigen Beweggründe in zwei Gruppen unterteilen⁵⁸: 18

■ Auf der einen Seite stehen die Konstellationen, in denen die Tat **nicht mehr als verständliche Reaktion** auf die Situation erscheint.⁵⁹ Dies gilt vor allem für Motive wie Neid, Rache oder Wut, die dann als niedrige Motive anzusehen sind, wenn die kon- 19

47 BGHSt 42, 301 (303 f); zur Problematik des sog. Motivbündels vgl BGHSt 50, 1 (7 f) m. Anm. Jäger JR 2005, 477 und krit. Bespr. Kraatz Jura 2006, 613 (614); BGH NStZ 2005, 332 (333 f); 2006, 288 (289); NK-Neumann § 211 Rn 13.

48 BGH NStZ 2020, 733 m. krit. Anm. Mitsch; Jäger JA 2021, 167.

49 BGHSt 3, 132.

50 BGHSt 29, 317 (318); S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 211 Rn 17; Gössel/Dölling I § 4/45.

51 BGHSt 10, 399; 50, 1 (10); NK-Neumann § 211 Rn 21 f; MK-Schneider § 211 Rn 66; abl. Mitsch HdS IV § 1 Rn 22; SK-Sinn § 211 Rn 19.

52 S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 211 Rn 17; LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 19; aA Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf § 2/60; Mitsch JuS 1996, 121 (124).

53 Vgl NK-Neumann § 211 Rn 17; M/S/M/H/M-Hoyer I § 2/33.

54 Alwatt JR 1981, 293 ff; NK-Neumann § 211 Rn 17; Paeffgen GA 1982, 255 (264 f); aA BGHSt 29, 317 (318 f); LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 20.

55 BGHSt 3, 132 f; BGH NStZ-RR 2006, 140; NStZ 2008, 273 (275); NStZ 2013, 337 (338); Fischer § 211 Rn 14a; W/H/E-Engländer Rn 49; krit. Köhne Jura 2008, 805 (808 f); ausf. zur Kasuistik Kühl JuS 2010, 1041 f.

56 BGH NStZ 2003, 146 (147); NStZ-RR 2006, 340 (341); 2007, 111 m. Bespr. Heintschel-Heinegg JA 2007, 386 ff.

57 BGHSt 35, 116 (127); BGH NJW 2002, 382 (383); Altvater NStZ 2006, 86 (89 f).

58 Vgl auch zu den Fallgruppen M/R-Safferling § 211 Rn 27.

59 NK-Neumann § 211 Rn 27 f; Rengier II § 4/31; SK-Sinn § 211 Rn 12, 20; zum Verschulden der Situation durch den Täter BGHSt 28, 210 (212); zum Merkmal der Rache instruktiv BGHSt 56, 11 (19 f).

kreten Lebensumstände keinen begreiflichen Anlass zur Tat bieten.⁶⁰ Ein niedriger Beweggrund kann auch bei einem besonders brutalen Tatbild vorliegen, wenn der Täter das Opfer in einer menschenverachtenden Weise tötet, bei der das Opfer nicht mehr ansatzweise als Person, sondern nur noch wie ein beliebiges Objekt behandelt wird.⁶¹ Eifersucht ist verwerflich, wenn der Täter das Opfer tötet, weil er es keinem anderen gönnt, während ein Handeln aus Verzweiflung nicht aus einem niedrigen Beweggrund erfolgt.⁶² Verwerfliche Motive sind ferner Ausländerfeindlichkeit,⁶³ Rassenhass,⁶⁴ Antisemitismus und Homophobie. Ursprünglich wurden Wertvorstellungen, die durch andere Kulturen geprägt sind, von der Rechtsprechung eher als entlastend berücksichtigt.⁶⁵ Nunmehr dienen die Anschauungen und Wertvorstellungen der Bundesrepublik in der Rechtsprechung als Maßstab für die Annahme niedriger Beweggründe, es sei denn, der Täter kannte diese Wertvorstellungen nicht oder konnte sie aus überzeugenden Gründen nicht nachvollziehen.⁶⁶

- 20 ■ Zur zweiten Gruppe gehören die Fälle, in denen der Täter aus **krasser Eigensucht** gerade die Tötung des Opfers zur Erreichung seiner Ziele einsetzt, also das Leben anderer rücksichtslos **instrumentalisiert**.⁶⁷ Exemplarisch sind die Tötung des einem Liebesverhältnis entgegenstehenden Ehegatten⁶⁸ oder – wie in **Fall 4** – die Tötung eines Unbekannten zur Identitätstäuschung.⁶⁹ In Betracht kommt ferner eine Tötung aus Imponiergehabe⁷⁰ oder zur Verdeckung einer Handlung, die der Täter zwar nicht für strafbar, wohl aber für ehrenrührig hält.⁷¹ **Politisch motivierte** Tötungen, sind dagegen einschlägig, da die physische Vernichtung des politischen Gegners regelmäßig die Gewaltfreiheit der politischen Auseinandersetzung bewusst missachtet. Daran ändert sich nichts dadurch, dass die Tötung nicht aus egoistischen Motiven erfolgt, sondern aus Sicht des Täters „gemeinwohlorientiert“ ist (sog. **Einheitslösung**),⁷² sofern es sich nicht um eine Ausübung des Widerstandsrechts aus Art. 20 Abs. 4 GG handelt.⁷³ Spezielle Mordmerkmale der 1. Gruppe verdrängen die niedrigen Beweggründe, sofern ihnen kein weiterer Unrechtsgehalt zukommt.⁷⁴

60 Vgl. BGHSt 2, 60 (63); 3, 180 (182f); BGH NStZ 2006, 97 f.; NJW 2006, 1008 (1011) m. zust. Bespr. Küper JZ 2006, 608 (610f); JuS 2012, 562 (565); BGH NStZ 2022, 740; zum Abreagieren frustrationsbedingter Aggressionen an einem unbeteiligten Opfer BGHSt 47, 128 (132).

61 BGHSt 60, 52 (55f) m. Anm. Drees NStZ 2015, 35 f.; Grünwald HRRS 2015, 162 ff; krit. Bartsch StV 2015, 718 ff.

62 BGH NStZ 2002, 368; NStZ-RR 2006, 340 (342); BGH JuS 2019, 266 m. Bespr. Hecker; Jäger JA 2019, 70; BGH NStZ 2019, 204; Altwater NStZ 2002, 20 (22f); Schütz JA 2007, 23 ff.

63 BGH NStZ 1994, 124 (125); NJW 2000, 1583 (1584).

64 BGHSt 18, 37 (38f); BGH NJW 1994, 395; BGHSt 66, 226 (239).

65 BGH JZ 1980, 238 m. Anm. Köhler; BGH StV 1997, 565 (566): Blutrache bei gekränkter Familienehre.

66 Vgl. BGH NStZ 2002, 369 f.; NStZ-RR 2004, 361 (362); NJW 2006, 1008 (1011) m. Bespr. Küper JZ 2006, 608 (610); BGH NStZ 2019, 206; Grünwald NStZ 2010, 1 ff; S/S/W-Momsen § 211 Rn 31; Valerius JZ 2008, 912 ff; ders. JA 2010, 481 ff; rechtsvergleichend Kudlich/Tepe GA 2008, 92 (94); umf. Schorn, Mord aus niedrigen Beweggründen bei fremden soziokulturellen Wertvorstellungen.

67 Heine, Tötung aus „niedrigen Beweggründen“, 1988, 220 ff; NK-Neumann § 211 Rn 29.

68 BGHSt 3, 132 ff; BGH NJW 1955, 1727; JZ 1987, 474.

69 BGH NStZ 1985, 454.

70 BGH NStZ 1999, 129 f.

71 Vgl. BGH NStZ 1997, 81; krit. zur Ausdehnung des niedrigen Beweggrunds auf „verdeckungsnahe Motive“ durch die Rechtsprechung (zB BGHSt 35, 116 [121 f]; BGH NJW 1992, 919 [920]) NK-Neumann § 211 Rn 37.

72 BGH NJW 2023, 89 (92 Rn 82) m. Anm. Schmitt-Leonardy; BGH NStZ 2023, 159; LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 66; Otto § 4/16; S/S/W-Momsen § 211 Rn 30; diff. Engländer Merkel-FS 983 (992); enger noch BGH NStZ 1993, 341 (342); S/S-Eser/Sternberg-Lieben § 211 Rn 20.

73 BGH NStZ 2019, 342 m. krit. Anm. Engländer.

74 BGH NStZ-RR 2018, 76 m. Bespr. Bosch Jura 2018, 533.

5. Deliktssystematische Einordnung. Die verwerflichen Motive der ersten Gruppe sind subjektive Unrechtsmerkmale. Dem Täter müssen die äußeren Umstände bekannt und die Ziele bewusst sein, die sein Tötungsmotiv als besonders verwerflich erscheinen lassen.⁷⁵ Ob der Täter seine Motive selbst für niedrig hält, spielt dagegen keine Rolle.⁷⁶ Beim Handeln aus Mordlust ist hinsichtlich des Todes direkter Vorsatz erforderlich, da es dem Täter auf den Lustgewinn durch die Tötung ankommen muss.⁷⁷ Auf die in der Praxis bedeutsame schuldrelevante Frage, ob der Täter hinsichtlich seiner Motive als steuerungsfähig angesehen werden kann,⁷⁸ ist im studentischen Gutachten regelmäßig nicht einzugehen.

21

Das Mordmerkmal muss nicht das einzige Motiv der Tötung sein; es muss jedoch vorherrschen und die Tat prägen.⁷⁹

22

II. Mordmerkmale der 2. Gruppe

1. Heimtückisch

► **Fall 5:** A ergriff während eines nächtlichen Streits mit seiner Ehefrau E, in dessen Verlauf er ihr eine Ohrfeige gegeben und sie mit einem Griff an ihren Hals zurückgestoßen hatte, ein auf einem Stuhl in der Wohnküche liegendes Handtuch und warf es blitzschnell der rückwärts in das Schlafzimmer ausweichenden Frau in der Absicht, sie zu töten, über den Kopf und um den Hals, verknötete es und zog es fest zusammen. Dann warf er die E auf ihr Bett. Sie starb sogleich infolge der Strangulation.⁸⁰ ◀

► **Fall 6:** Im Rahmen eines Streitgesprächs trat T von hinten an seine Bekannte B heran und nahm sie mit seinem rechten Unterarm in einen Halswürgegriff. B erlitt hierdurch leichtere Verletzungen der inneren Halsorgane. Mit dem linken Arm ergriff er mit (erst jetzt sicher nachweisbarem) Tötungsvorsatz ein Küchenmesser und versetzte ihr zwei Stiche in den Bauchbereich, die die Leber kreuzförmig durchstachen. Danach löste er den Unterarmgriff und versetzte ihr eine Vielzahl weiterer Stiche in Rücken und Bauch. B starb in wenigen Minuten infolge des Blutverlustes.⁸¹ ◀

■ **Heimtückisch** tötet, wer die objektiv gegebene Arg- und Wehlosigkeit des Opfers in feindseliger Willensrichtung bewusst zur Tötung ausnutzt.⁸²

23

a) **Merkmale:** Die Heimtücke ist ein praktisch wichtiges, schwieriges und wissenschaftlich umstrittenes Mordmerkmal.⁸³ Die eben genannte Definition stellt richtigerweise auf die Gefährlichkeit einer heimtückischen Vorgehensweise für das in seinen **Abwehr- und Selbstschutzmöglichkeiten eingeschränkte Opfer** ab.⁸⁴ Das Opfer wird durch die

24

75 BGH NJW 2002, 382 (383); NSTZ-RR 2006, 340 (341); NSTZ 2012, 691 (692); krit. SK-Sinn § 211 Rn 28.

76 BGH NJW 1994, 2629 (2630); NSTZ 2001, 87; JuS 2012, 562 (565).

77 BGH bei Dallinger MDR 1974, 546 (547); BGH NJW 2002, 382 (384); SK-Sinn § 211 Rn 13.

78 Vgl BGHSt 35, 116 (121); BGH NJW 2002, 382 (383 f); NSTZ-RR 2006, 234 f.

79 BGHSt 42, 301 (304); BGH NSTZ 1997, 81; NJW 2001, 763; NSTZ-RR 2004, 14 (15).

80 Nach BGHSt 20, 301.

81 Nach BGH NSTZ 2006, 502.

82 HM, vgl BGHSt 2, 60 (61); 41, 72 (78 f); 50, 16 (28); BGH NSTZ 2008, 273 (274); NSTZ-RR 2015, 12; Überblick bei Altwater NSTZ 2002, 20 (22 f); Kaspar JA 2007, 699 ff; Küper/Zopf, Rn 323; L-Kühl/Heger § 211 Rn 6.

83 Hecker, JuS 2018, 721.

84 BGHSt 11, 139 (143 f); 30, 105 (116); 39, 353 (368); 41, 72 (78 f); LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 93 ff; Rengier II § 4/49; M/S/M/H/M-Hoyer I § 2/43; krit. NK-Neumann § 211 Rn 48.

Vorgehensweise des Täters quasi außer Stand gesetzt, seine natürlichen Selbstverteidigungsrechte, vor allem sein Notwehrrecht, ausüben zu können.⁸⁵ Im Einzelnen gilt:

- 25 ■ Das Opfer ist **arglos**, wenn es in der Tatsituation (vor der ersten Handlung des Täters) keinen Angriff auf Leib und Leben befürchtet.⁸⁶ Hierfür ist nicht erforderlich, dass das Opfer bewusst davon ausgeht, vor dem Täter sicher zu sein.⁸⁷ Auch vorherige verbale und ggf auch tätliche Auseinandersetzungen stehen einer Arglosigkeit nicht entgegen, wenn das Opfer – etwa aufgrund einer zeitlichen Zäsur – mit keinem (weiteren) Angriff auf seine körperliche Integrität rechnet.⁸⁸ Hier ist, ebenso wie in Fällen, in denen der Täter das Opfer warnt, der entscheidende Punkt, ob wegen der Kürze der Zeit zwischen dem Erkennen der Gefahr und dem Angriff noch Zeit zu einer Verteidigungsreaktion bleibt.⁸⁹ Kann das Opfer zu Beginn des Angriffs nichts entgegensetzen, so ist Heimtücke auch dann anzunehmen, wenn das Opfer im weiteren Verlauf des Kampfgeschehens Abwehrmaßnahmen zu entfalten vermag.⁹⁰ Eine auf früheren Aggressionen und auf einer feindlichen Atmosphäre beruhende latente Angst des Opfers vermag dessen Arglosigkeit nicht zu beseitigen.⁹¹ Die Arglosigkeit **entfällt** nach st. Rspr. jedoch nicht erst dann, wenn das Opfer einen Angriff gegen sein Leben erwartet, sondern bereits dann, wenn es mit einem gegen seine **körperliche Unversehrtheit** gerichteten **erheblichen Angriff** rechnet.⁹² Die Tötung von Insassen in den Gaskammern der nationalsozialistischen Konzentrationslager stellt einen Heimtückemord dar.⁹³
- 26 ■ Keine Heimtücke ist es jedoch, wenn der durch verdächtige Geräusche geweckte Hausbewohner unvermutet auf einen bewaffneten Einbrecher trifft und von diesem getötet wird.⁹⁴ Ferner fehlt es an der Arglosigkeit, wenn das Opfer wegen seines vorherigen Messerangriffs oder erpresserischen Angriffs mit Gegenwehr des sich in einer Notwehrlage befindlichen Täters rechnen muss⁹⁵ oder wenn das Opfer von der Tat nicht überrascht wird, da die Ausführung der Tat gerade von seinem Verhalten abhängt.⁹⁶ **Schlafende** können arglos sein, da sie ihre Arglosigkeit mit in den Schlaf nehmen.⁹⁷ Ein **Bewusstloser** dagegen, der den Eintritt seines Zustands nicht

85 Küper/Zopfs, BT, Rn 329: Unterlaufen des psycho-physischen ‚Abwehrmechanismus‘, der ansonsten beim argwöhnisch-misstrauischen Opfer regelmäßig einsetzt.

86 Vgl BGHSt 27, 322 (324); 41, 72 (79); BGH NJW 2006, 1008 (1010) m. zust. Anm. Küper JZ 2006, 608 (609 f); 2008, 273 (274); StV 2012, 84 (85); 2015, 285f; Überblick bei Köhne Jura 2009, 749 ff.

87 Dreher MDR 1970, 248; Küper JuS 2000, 740 (745); SK-Sinn § 211 Rn 40.

88 BGHSt 20, 301 (302); 39, 353 (368 f); BGH NSTZ-RR 2006, 235 (236); JuS 2012, 562 (564 f); BGH NSTZ-RR 2018, 45; zur Konfrontation zwischen Polizisten und einer aggressiv gestimmten Menschenmenge BGHSt 41, 72 (79).

89 BGH NSTZ-RR 2016, 43 mit Bespr. Hecker, JuS 2017, 364; NSTZ-RR 1997, 168; vgl auch BGH NSTZ 2006, 96 f; 2006, 97 (98); 2008, 510 (511); Altvater NSTZ 2005, 22 (24); 2006, 86 (88 f).

90 BGH NSTZ 2016, 405.

91 BGH NSTZ 2009, 501 (502) m. Bespr. Hecker JuS 2009, 79 ff; BGH NSTZ 2010, 450; BGH NSTZ 2018, 97 m. Bespr. Hecker JuS 2018, 721; Heghmanns ZiS 2018, 376.

92 BGH NSTZ 2022, 364.

93 Vgl BGHSt 61, 252 m. Bespr. Brünig ZJS 2018, 285; Grünwald NJW 2017, 500; Heinrich Jura 2017, 1367.

94 BGH NSTZ 2004, 495 f; Altvater, NSTZ 2005, 22 (24).

95 BGHSt 48, 207 (209 ff) m. zust. Anm. Roxin JZ 2003, 966 und Widmaier NJW 2003, 2788 (2790 f) sowie m. krit. Anm. Schneider NSTZ 2003, 428 ff; krit. auch Haverkamp GA 2006, 586 (591 f); Küper GA 2006, 310 (311 f); Quentin NSTZ 2005, 128 ff.; BGH NSTZ 2022, 288 m. Anm. Nettersheim.

96 BGH NSTZ 2008, 273 (275): Keine Rückzahlung von Schulden im Drogenmilieu; ebenso entfällt Arglosigkeit, wenn sich das Opfer nur über die Intensität des Angriffs irrt: BGH NSTZ-RR 2011, 10.

97 BGHSt 8, 216 (218); BGH NSTZ 2003, 482 („Haustyrannen-Fall“); 2006, 338 (339); LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 106; diff. Haverkamp GA 2006, 586 (587 ff); aA Kretschmer Jura 2009, 590 (591 f); Küper JuS 2000, 740 (745); zur Problematik auch Rotsch JuS 2005, 12 (13).

abwenden kann, kann auch nicht in seiner Erwartung, ihm werde nichts geschehen, getäuscht werden.⁹⁸ Keine tauglichen Opfer sind ferner Personen, die konstitutionell kein Misstrauen (mehr) entwickeln können. Dies gilt etwa für ihre Umwelt nicht mehr wahrnehmende **Schwerkranke**⁹⁹ und **Kleinkinder**,¹⁰⁰ denen erst ab etwa drei Jahren die Fähigkeit zum Argwohn zugeschrieben wird.¹⁰¹ In diesen Fällen kommt jedoch Heimtücke bei arglistiger Ausschaltung von schutzbereiten Hilfspersonen in Betracht.¹⁰² Abzulehnen ist die von der Rechtsprechung (ausnahmsweise) bejahte Möglichkeit, heimtückisches Vorgehen anzunehmen, wenn der Täter einem Kleinstkind Gift in süßem Brei o.Ä. verabreicht.¹⁰³ Die hier ausgeschalteten „natürlichen Abwehrinstinkte“ betreffen jedenfalls keinen lebensgefährdenden Angriff.

- Das Opfer ist **wehrlos**, wenn es aufgrund seiner Arglosigkeit in seiner Verteidigungsfähigkeit zumindest erheblich eingeschränkt ist.¹⁰⁴ Die Wehrlosigkeit kann ggf durch die Möglichkeit, zu fliehen oder Hilfe herbeizurufen, ausgeschlossen sein.¹⁰⁵ 27
- Nach dem Gesetz stellt die Tötung eines wehrlosen (oder hilflosen) Opfers als solches noch keinen Heimtückemord dar. Die Wehrlosigkeit des Opfers muss vielmehr auf seiner Arglosigkeit beruhen.¹⁰⁶ An diesem **Kausalzusammenhang** fehlt es etwa, wenn sich das Opfer auch bei rechtzeitigem Erkennen des Angriffs (zB wegen Lähmung) nicht hätte verteidigen können. 28
- Maßgeblicher **Zeitpunkt** für die Arg- und Wehrlosigkeit ist der Beginn des Tötungsversuchs.¹⁰⁷ Für Heimtücke reicht es aber aus, wenn die Tat von langer Hand geplant war und der Täter die Arglosigkeit des Opfers schon im Vorbereitungsstadium ausgenutzt hat, um es – zB durch Locken in eine Falle – wehrlos zu machen.¹⁰⁸ 29
- Der Täter **nutzt** die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers **aus**, wenn er sein Vorgehen danach berechnend ausrichtet.¹⁰⁹ Heimliches Vorgehen ist – bei Überraschungsangriffen – nicht erforderlich.¹¹⁰ Auch braucht die schutzlose Lage nicht vom Täter herbeigeführt worden zu sein.¹¹¹ Ausreichend ist ferner, dass der Täter den die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers begründenden Zustand lediglich für möglich hält, denn schon in der Vornahme der konkreten Tötungshandlung in der erkannten Si- 30

98 BGHSt 23, 119; 32, 382 (386); BGH NSTZ 1997, 490 (491); StV 1998, 545; aA Kutzer NSTZ 1994, 110 f; NK-Neumann § 211 Rn 57; krit. Otto Jura 1994, 141 (149).

99 BGH NSTZ 1997, 490; 2008, 93 (94) m. Bespr. Bosch JA 2008, 389 ff; StV 1998, 545; W/H/E-Engländer Rn 63.

100 BGHSt 3, 330 (332); 18, 37 (38); 32, 382 (387); BGH NSTZ 2006, 338 (339); 2013, 158 f.; Mitsch Jura 2017, 800.

101 Vgl BGH NJW 1978, 709; NSTZ 1995, 230; NSTZ-RR 2020, 313 m.Bspr. Hecker JuS 2021, 183.

102 BGHSt 3, 330 (332); BGH NSTZ 2008, 93 (94) m. Bespr. Bosch JA 2008, 389 ff; BGH StV 2009, 524 (525) m. Anm. Neumann; Krey/Hellmann/Heinrich I Rn 57; NSTZ 2013, 158 f m. Anm. Theile ZJS 2013, 307 ff; krit. Mitsch JuS 2013, 783 ff.; NSTZ-RR 2020, 313 m.Bspr. Hecker JuS 2021, 183.

103 BGHSt 8, 216; BGH bei Dallinger MDR 1973, 901; abl. Kaspar/Broichmann ZJS 2013, 346 (348); NK-Neumann § 211 Rn 58; Rengier MDR 1980, 1 (5 f) mwN.

104 BGHSt 32, 382 (388); BGH NSTZ 2006, 502 (503); 2006, 503 (504).

105 BGHSt 20, 301 (303); LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 113.

106 BGHSt 32, 382 (388); 39, 353 (369); BGH NSTZ 2006, 338 (339).

107 BGHSt 23, 119 (121); 32, 382; BGH NSTZ 2009, 29 (30); Küper GA 2014, 611 ff.

108 BGHSt 22, 77; 32, 382 (386 f); NSTZ 2015, 31 f m. Anm. Engländer; NK-Neumann § 211 Rn 66; BGH NSTZ 2018, 654 m. zust. Bespr. Hecker JuS 2019, 80 u. Nestler Jura 2019, 346; BGH NJW 2020, 2421 m. Anm. Schiemann; Jäger JA 2020, 867.

109 BGH NSTZ 1987, 554; 2006, 167 (169).

110 BGH NSTZ 1984, 261; 1993, 438; NSTZ 2003, 146 (147); NSTZ 2016, 340 f; vgl aber auch BGH NSTZ 2007, 268 (269): vorherige Ankündigung.

111 BGHSt 18, 87 (88); 32, 382 (384); BGH NSTZ 2006, 338 (339) m. Bespr. Geppert Jura 2007, 270 (274); NSTZ 2014, 639; Mitsch JuS 1996, 213.

tuation kann ein Ausnutzen liegen.¹¹² Die Spontaneität des Tatentschlusses bzw ein psychischer Ausnahmezustand des Täters können gegen ein Ausnutzungsbewusstsein sprechen.¹¹³

- 31 ■ Mit dem Kriterium der **feindseligen Willensrichtung** sollen vor allem bereits auf der Tatbestandsebene solche Ausnahmefälle ausgeschlossen werden, bei denen der Täter zum vermeintlich Besten des Opfers handelt.¹¹⁴ Exemplarisch: Der Täter will einem Todkranken schwere Schmerzen ersparen.¹¹⁵ Diese Ausnahme greift jedoch nicht, wenn 1. jemand bewusst davon absieht, das noch zu einer autonomen Entscheidung fähige Opfer zu fragen oder 2., falls es dazu nicht mehr imstande ist, die Tötung nicht dessen mutmaßlichen Willen entspricht: Dann will der Täter lediglich seine Vorstellung über Würde und Wert des Lebens eines sterbenden Menschen durchsetzen. Das altruistische Tatmotiv könne dann allenfalls auf der Rechtsfolgen-seite berücksichtigt werden.¹¹⁶

In Fall 5 verneint der BGH eine Arg- und Wehrlosigkeit der E mit folgender Begründung:¹¹⁷ Dem Angriff mit dem Handtuch waren andere Tötlichkeiten des A gegen E unmittelbar vorausgegangen, die zwar nichts Lebensbedrohliches an sich hatten, in denen sich aber deutlich eine feindselige Haltung aussprach. A stand der E erregt Auge in Auge gegenüber mit dem Handtuch in der Hand, das er zum Schlagen, aber auch zum Erdrosseln benutzen konnte. Nach dem Vorausgegangenen konnte E mit weiteren heftigen Angriffen rechnen. Hiernach war sie im Augenblick des Angriffs auf ihr Leben nicht mehr arglos. Sie rechnete zwar nicht damit, dass ihr A nunmehr nach dem Leben trachtete. Jedoch ist nicht jeder, der im Laufe einer tätlichen Auseinandersetzung nicht gerade mit einem Angriff auf sein Leben rechnet, allein deswegen schon arglos.

Demgegenüber bejaht der BGH in Fall 6 Heimtücke auch unter der Voraussetzung, dass T zum Zeitpunkt des Würgens noch keinen Tötungsvorsatz hatte. Zwar wäre in diesem Fall das Opfer zum Zeitpunkt der tödlichen Stiche mit dem Messer nicht mehr arglos gewesen. Die Zeitspanne zwischen dem Erkennen der Gefahr und dem unmittelbaren Tötungsangriff sei aber so kurz gewesen, dass der B keine Möglichkeit geblieben sei, dem Angriff noch irgendwie zu begegnen. Insoweit macht es keinen Unterschied, ob der überraschende Angriff von vornherein mit Tötungsvorsatz geführt wird oder ob der ursprüngliche Handlungswille derart schnell in den Tötungsvorsatz umschlägt, dass der Überraschungseffekt bis zum Zeitpunkt des Angriffs mit Tötungsvorsatz andauert. In einem solchen Fall ist also Heimtücke nicht bereits dadurch ausgeschlossen, dass der Täter seinem Opfer vor der eigentlichen Tötungshandlung offen feindselig entgegentritt.¹¹⁸

112 BGH NStZ 2006, 503 (504); zur Versuchsstrafbarkeit in Fällen fehlender, vom Täter aber irrig angenommener Arglosigkeit vgl BGH NStZ 2006, 501 (502); Küper JZ 2006, 608 (610); zum Ausnutzungsbewusstsein bei besonderer Erregung des Täters: BGH NStZ 2008, 510 (511 f); StV 2012, 84 (85); NStZ 2014, 574 m. Anm. Liebhart und bei Spontanataten: BGH NStZ 2007, 330 f; NStZ-RR 2010, 183; NStZ 2014, 507 ff m. Anm. Schiemann; StraFO 2014, 433 f.

113 BGH NStZ 2018, 97 m. Bespr. Hecker JuS 2018, 721; Heghmanns ZJS 2018, 376; BGH NStZ 2021, 162 m. Anm. Grünwald; BGH NStZ 2023, 232.

114 BGHSt 11, 139 (143); 30, 105 (119); 37, 376 (377) m. Anm. Roxin NStZ 1992, 35.

115 Zum Fall eines sog. Mitnahmesuizids BGHSt 9, 385 (390); krit. NK-Neumann § 211 Rn 73 mwN.

116 BGH StV 2009, 524 (525); BGHSt 64, 111 m. Anm. Momsen/Schwarze JR 2020, 232; Mitsch NJW 2019, 2416.

117 BGHSt 20, 301 (302).

118 BGH NStZ 2006, 502 (503); vgl auch BGHR StGB § 211 II Heimtücke 3, 15.